

Wir Berlinerinnen

Juni 2008

Nr. 101

Liebe Ladies,

das Jahr 2008 hat es als feministisches Jubiläumsjahr in sich: 100 Jahre Vereinsgesetz, das sensationell für alle „Reichsangehörigen“ galt, will heißen: auch für Frauen. Mit Inkrafttreten durften sie sich nun wie die Männer versammeln und sogar zu Wort melden. Leider haperte es auch dann noch mit dem Zuhören durch sie selbsternannten Herren der Schöpfung.

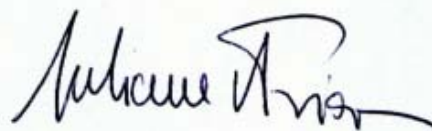
90 Jahre Wahlrecht - immerhin haben wir aktuell ein zu einem knappen Drittel weibliches Parlament auf Bundesebene und eine Bundeskanzlerin. Ob wir uns ab 2009 auch noch eine Bundespräsidentin gönnen, ist zumindest nicht ausgeschlossen. Gut Ding will eben Weile haben.

Das gilt auch für die Gleichberechtigung. Am 1. Juli begehen wir die 50. Wiederkehr des Inkrafttretens unseres ersten Bundesgleichberechtigungsgesetzes. Das bestimmte unter anderem, dass Ehemänner nicht länger das Arbeitsverhältnis der ihnen angetrauten/anvertrauten/leibeigenen (?) Frauen beenden oder einseitig Familienwohnsitz und Vornamen der Kinder festlegen durften.

Der Traum von einer US-amerikanischen Präsidentin ist gerade ausgeträumt. Der demokratische Dreamboy heißt Barack Obama und wird als der erste Afro-Amerikaner bezeichnet, der 2009 ins Weiße Haus einziehen könnte. Es ist vielleicht ein wenig zu subtil, um nicht zu sagen: an den Haaren herbeigezogen, aber ich frage mich, ob er auch so kategorisiert würde, wenn er nicht der Sohn eines schwarzen Vaters und einer weißen Mutter, sondern eines weißen Vaters und einer schwarzen Mutter wäre.

In Deutschland tobt anders als in den USA noch kein Wahlkampf, denn das Gezänk in der Großen Koalition kann man wohl kaum so bezeichnen. Stattdessen erklärt Alice Schwarzer den ihrer Ansicht nach zu selbstverliebten, egozentrischen Alphamädchen den Krieg und beschimpft sie als Propagandistinnen des Wellness-Feminismus. Dann setzt sie kurzerhand ihre designierte Nachfolgerin bei „Emma“, Lisa Ortgies, vor die Tür und begründet ihre Demonstration des echten, wahren (Macht-)Feminismus damit, dass Frau Ortgies zuviel Familie um die Ohren und im Kopf gehabt habe – und wahrscheinlich nach Schwarzers Ansicht zu wenig solch störende Dinge ausblendenden Ur(alt-)Feminismus. Schön wäre es doch, so mein Wunsch(träum), wenn wir Frauen im Jubiläumsjahr 2008 ein wenig weniger unsere Energien in Abgrenzung und separatistische Identitätspolitik investieren und stattdessen alle Kräfte mobilisieren würden, um zum Beispiel Vorstände und Aufsichtsräte in der Wirtschaft zu erobern, die Spitze der Medien, d.h. die Chefredaktionen zu okkupieren und die bestdotierten Lehrstühle unserer Hochschulen zu kapern. Zu martialisch formuliert? Nein, gar nicht. Gegen Gewalt gegen Frauen müssen wir auch noch angehen, Zwangsheirat und Zwangsverschleierung inklusive. Ich kann bei Letzterer auch nicht von der „Schönheit des orientalischen Schleiers“ schwärmen wie Christina von Braun, so lange der Schleier nicht als Schmuck getragen wird, sondern zwangsweise als Schutz, weil die Jungs sonst offenbar durchknallen. Also, liebe Ladies, wir haben noch reichlich Arbeit vor uns trotz der Jubiläen - aber feiern sollten wir sie!

Herzlichst Ihre



LandesFrauenRat



Berlin e.V.

Praktikum beim LFR Berlin

♦ Selbstverständlich sollte es für junge Frauen sein, sich aktiv mit dem Thema Gleichberechtigung auseinanderzusetzen. Eigentlich tat ich dies schon seit meiner Jugend und machte in erster Linie im Alltag auf die Diskriminierung von Mädchen und Frauen aufmerksam. Jedoch konnte ich mit zahlreichen geführten Diskussionen und dem Schreiben von Leserbriefen nur sehr wenig bewirken.

Mein Interesse am gesellschaftlichen Zusammenleben führte mich im Herbst 2006 zu dem Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Rostock. Um meine Semesterferien nicht nur mit dem Schreiben von Hausarbeiten zu verbringen und Einblicke in vor allem politische Frauenarbeit zu erlangen, begab ich mich auf die Suche nach einem Praktikumsplatz. Nach längerer Internetrecherche stieß ich auf die Homepage des LandesFrauenRates Berlin e.V. und beschloss, mich für ein Praktikum zu bewerben. Fast sechs Wochen unterstützte ich im Februar und März 2008 die Geschäftsführerin Sabine Röhrbein und erhielt viele interessante und vor allem vielseitige Einblicke in die Arbeit und die Strukturen des Vereins. Ich nahm teil an Vorstands- und Plenumsitzungen, half dem Verein bei der Organisation für die Frauenmesse und den Unternehmerinnen-Tag im UCW am 8. März und lernte im Laufe der Zeit viele engagierte Frauen kennen.

Ich hoffe, mich auch in Zukunft im Bereich der Frauenarbeit aktiv engagieren zu können und glaube, dass mein Studium aufgrund der Vielseitigkeit eine gute Grundlage dafür bildet. Ebenfalls für sehr wichtig empfinde ich es jedoch auch, dass jede/r auf die alltäglichen zwischenmenschlichen, beruflichen und politischen Ungleichheiten achtet und sich mit ihnen aktiv auseinandersetzt.

Nora Kuhle im April 2008

Studentinnen, die sich für ein Praktikum beim LFR interessieren, können sich unter lfr-berlin@berlin.de melden.

Inhalt

Thema

Rückschau: LFR 2005 bis 2008 Seite 6-9

LFR Aktuell

Gratulation und Positionen Seite 3

Neue Paare als Trendsetter Seite 4

Dokumentation: 1. Equal Pay Day

Bilanz des BPW Seite 10

Veranstaltung im Roten Rathaus Seite 11

DGB-Kampagne Seite 11

DF im Gespräch mit Minister Scholz Seite 12

Stellungnahmen Seite 12/13

Berlin

Auszeichnung für Inge Deutschkron Seite 14

Verein feiert Silberjubiläum Seite 14

Masterplan zum GRP Seite 15

Auszeichnungen für Berliner Unis Seite 16

Frauenpolitik national

ASF-Forderungen für Wahljahr 2009 Seite 20

Anhörung: Frauen in die Aufsichtsräte Seite 21

Feminismus-Konferenz Seite 22

Initiative zu Schönheits-Operationen Seite 23

Frauenpolitik international

Debatte um Diskriminierungsschutz Seite 24/25

Frauengehälter im Sport Seite 25

Verbände auf einen Blick

EWMD feierte Geburtstag Seite 26

Vorstandswahl beim LFR Sachsen-Anhalt Seite 26

Angelika Schrobsdorff geehrt Seite 27

35 Jahre Landesfrauenausschuss Bayern Seite 27

Rubriken

Impressum Seite 2

LFR unterwegs Seite 5

Neues aus dem UCW Seite 16

Tipps Seite 17

Neue Studien Seite 17-19

Literatur Seite 9

Impressum

Herausgeber:

LandesFrauenRat Berlin e.V.

Sigmaringer Straße 1, 10713 Berlin

Telefon: 030/785 70 10, Fax: 030/86 00 88 40, E-Mail: lfr-berlin@t-online.de

www.landesfrauenrat-berlin.de, www.lfr-berlin.de

Redaktion: Juliane Freifrau von Friesen (ViSdP), Marlies Brouwers, Mechthild Rawert, Anneliese Wolf, Nora Kuhle, Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin und nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.

Erscheinungsdatum: 17.06.2008

100 Jahre Frauen in der Politik

♦ Vor 100 Jahren erhielten auch Frauen das Recht, sich an politischen Versammlungen zu beteiligen und Mitglieder von Parteien zu werden. Das im April 1908 verabschiedete Reichsvereinsgesetz machte es möglich. Weitere zehn Jahre später, im November 1918, folgte das Stimmrecht für Frauen. In die Nationalversammlung wurden erstmals 9,6 Prozent Frauen gewählt. Diesen Anteil erreichten sie übrigens erst wieder in den 1980er Jahren.

An diese und viele andere Meilensteine der Gleichberechtigung von Frauen und Männern erinnerte die FDP-Politikerin und frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger am 7. Mai in der Deutschen Parlamentarischen Ge-

sellschaft. Im Rahmen des Empfangs der FDP-Bundestagsfraktion wurde auch das Archiv der deutschen Frauenbewegung vorgestellt, eine Stiftung mit Sitz in Kassel. Am nordhessischen Domizil lag es denn wohl auch, dass sich Ex-Bundesfinanzminister und Sozialdemokrat Hans Eichel unter die zahlreichen Damen gemischt hatte. Er und viele andere, die LFR-Vorsitzende eingeschlossen, erfuhren in fakten- und kenntnisreichem Vortrag, dass Annemarie Renger 1972 nicht nur die erste deutsche Parlamentspräsidentin war, sondern mit ihr weltweit die erste Frau an die Spitze einer gewählten Volksvertretung aufrückte. Eine Pikanterie am Rande: Sie musste sich selbst für das Amt vorschlagen. *JvF*

Gratulation an Mieke Senftleben

♦ Mieke Senftleben ist die neue Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen. Die Bundesmitgliederversammlung wählte die Berliner FDP-Abgeordnete im Mai in Berlin mit großer Mehrheit an die Spitze der FDP-Frauenorganisation. „Wenn eine Berlinerin an die Bundesspitze frauenpolitischer Organisationen aufrückt, freut uns das immer besonders“, gratulierte die LFR-

Vorsitzende Juliane von Friesen. „Henry Ford sagte einmal sinngemäß, dass eine Beförderung ein konkretes Mittel sei, jemandem zu bescheinigen, wertvollster Mitspieler zu sein. Nun sind sie die wertvollste Mitspielerin für die Sache der Frauen in Ihrer Partei.“ Allerdings müssen sich die Liberalen Frauen in Berlin jetzt eine neue Vorsitzende suchen.

Position

Der LandesFrauenRat Berlin begrüßt, dass mit Gesine Schwan nun auch eine Frau für das höchste Amt im Staate kandidiert. Bei der Präsidentin der Viadrina-Universität in Frankfurt (Oder) handelt es sich um eine profilierte und kompetente Wissenschaftlerin und Politikerin.

Zur „Brigitte“-Studie

♦ „Junge Frauen wollen Kinder haben und Karriere machen, doch nur wenige glauben, dass sich Job und Familie leicht vereinbaren lassen. Viele junge Männer hingegen hängen nach wie vor an einem traditionellen Rollenverständnis und schätzen Selbstbewusstsein und Motivation von Frauen falsch ein“, so der Einstieg eines Kommentars von Marlies Brouwers im „Gesellschaftler-Tagebuch“ am 29. April zu der repräsentativen Studie „Frauen auf dem Sprung“ der Zeitschrift „Brigitte“. Brouwers weiter: „Die Ergebnisse dieser Studie können uns nicht wirklich überraschen: Frauen wollen Kinder, Familie und Beruf gut unter einen Hut bringen. Nur wird oft die berufliche Karriere weniger durch ein Kind als durch die ‚gläsernen Decke‘ abgebremst, gegen die leider Frauen noch allzu oft prallen. Dennoch ist zu beobachten, dass sich langsam Risse bilden, und so können wir also hoffen, dass das Glas eines Tages zerspringt; jedenfalls arbeiten wir fleißig daran. Schließlich sind Mädchen die besseren Schülerinnen, die besseren Studentinnen, warum sollen sie also nicht auch die kompetenteren Chefinnen sein.“ Sie bezieht sich auf einen Beitrag über die Studie auf „Welt-Online“, der mit „Kinder, Karriere, Kontrolle“ überschrieben ist: Interessant und neu ist das Wort ‚Kontrolle‘. Offensichtlich übersetzen jetzt Männer so das neue Selbstbewusstsein von Frauen, ihren Wunsch, auch in hochrangigen Positionen im Beruf Verantwortungen zu übernehmen. Das spricht für sich, das zeugt von uralten Männerängsten gegenüber einer (über-)mächtigen Frau und vielleicht auch davon, genau diese, die Kontrolle, selber zu verlieren.“

Internet: www.diegesellschaft.de/tagebuch und www.brigitte.de

Position

Zum Ende von radiomultikulti

Der LFR Berlin bedauert die drohende Einstellung von radiomultikulti außerordentlich. Diese in Deutschland beinahe einzigartige Sendung ist neben der TV-Sendung „Polylux“ erstes Opfer der wirtschaftlichen Notlage des RBB. Ursächlich für das 54 Millionen Euro-Defizit des Senders sind die im Vergleich zu anderen ARD-Anstalten überdurchschnittlichen Ertragsausfälle im Gebührenaufkommen in Berlin und Brandenburg. Das liegt an der hier extrem hohen Anzahl von Haushalten, die mit Hartz IV auskommen müssen und daher von den Rundfunkgebühren befreit sind. Deshalb ist ein neues Gebührenverteilungssystem innerhalb der ARD zwingend erforderlich. So fatal die Schließung

des kleinsten RBB-Hörfunkprogramms ist, Intendantin Dagmar Reim sicherte zumindest zu, dass Integration und Multikulturalität künftig noch stärker als schon bisher zum Thema aller RBB-Programme gemacht werden sollen. Dies begrüßt der LFR Berlin und hofft zugleich, dass die auch weiterhin bestehende finanzielle Schieflage des Senders nicht zu weiteren Einbußen in Vielfalt und Qualität des RBB-Angebots führt. Allein die Einstellung von radiomultikulti ist ein herber Verlust in einer Stadt, die von sich mit Stolz sagt, dass hier Menschen aus 190 Nationen ein Zuhause haben.

*Juliane von Friesen,
Vorsitzende LFR-Berlin*

Neue Paare wollen Trendsetter sein

♦ Traumpaare scheinen die „neuen Paare“ zu sein – Helga Lukoschat und Kathrin Walther stellten am 14. Mai im dbb-Forum an der Friedrichstraße die aktuelle Studie „Kinder und Karrieren: Die neuen Paare“ vor. Nachdem die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung vor zwei Jahren 500 Mütter in Führungspositionen interviewt und dabei festgestellt hatte, dass diese mehrheitlich mit partnerschaftsorientierten Männern zusammen lebten, waren Paare mit Kindern die Zielgruppe der Untersuchung 2007. Das Fazit könnte heißen: „Mann bewegt sich doch!“ Die neuen Väter sind keine Fata Morgana, es gibt sie wirklich. Nicht zuletzt deswegen sind auch die Vätermonate innerhalb der Elternzeit ein echter Renner, wie Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) sichtlich erfreut feststellte. Sie bemängelte jedoch, dass die Suche nach Babysittern und Haushaltshilfen, die sich Paare in Führungspositionen finanziell leisten können und wollen, äußerst schwierig sei. Der

Markt der haushaltsnahen Dienstleistungen sei bisher kaum entwickelt und zudem völlig undurchsichtig. Mit dem Thema wird sich auf ihre Initiative hin das Bundeskabinett im Sommer befassen.

Einige der hochqualifizierten und beiderseits berufstätigen Eltern nahmen am Nachmittag an einer lebhaften Diskussionsrunde teil, in der auch die immer noch speziell für Väter wenig familienorientierte Unternehmenskultur zur Sprache kam. Gleichzeitig wurde der Wille dieser Paare deutlich, sich als „Trendsetter und Wegbereiter für einen Mentalitätswechsel“ in den Dienst der Operation „Familienfreundlichkeit in der Wirtschaft“ zu stellen. Bei Bertelsmann ist man hier schon weiter. Liz Mohn berichtete von den Bertelsmann-Kindergärten mit zum Teil durchgängigen Öffnungszeiten, wo die Kleinen bereits ab zwei Jahren spielerisch Englisch lernen können. Dennoch hat keine der 120 weltweit tätigen Chefsekretärinnen Kinder, wie sie betrubt feststellte. Sie sei aber sicher, dass sich das bald ändern werde. Sie schloss ihr Statement mit

den Worten „Menschlichkeit gewinnt“. Niemand widersprach.

Den größten Lacher des Tages erteilte jedoch die frühere TU-Professorin und EAF-Gründerin Barbara Schaeffer-Hegel: Sie zitierte CDU-Mann Wolfgang Schäuble. Der nicht als militant feministisch verschriene Bundesinnenminister hatte tags zuvor im Tagesspiegel-Interview gesagt: „Wenn ich an die Männer meiner Generation denke, dann war auch nicht jeder in der CDU von einem neuen Frauenbild begeistert ... Wenn wir uns vor Augen halten, dass viele Muslime zudem aus rückständigen Teilen ihrer Herkunftsländer kommen, dann ahnt man, wie schwierig diese Anpassung ist. Aber es muss sein. Es ist uns nicht erspart geblieben – und es bleibt auch den türkischen Vätern und jungen Männern nicht erspart. ... Es wird nicht einmal den Taliban in Afghanistan erspart bleiben.“ Hinsichtlich der Taliban schien Barbara Schaeffer-Hegel vom Siegeszug der Frauenpower noch nicht restlos überzeugt. Sonst schon.

von Friesen

Informationen und Zahlen zur Studie

♦ Ausgangsfrage der Untersuchung war, welche Erfolgsfaktoren und Hindernisse ein solches Lebensmodell markieren und welche Rahmenbedingungen Politik und Wirtschaft schaffen müssen, damit es künftig mehr Paaren gelingt, ihren Wunsch nach Kindern und beruflichem Erfolg umzusetzen. Rund 1.200 Frauen und Männer hat die EAF für die bislang umfangreichste Untersuchung dieser Art in Deutschland befragt. Die Studie zeigt: Junge Mütter und Väter können die Herausforderungen moderner Lebens- und Erwerbsverhältnisse nur im partnerschaftlichen Miteinander und mithilfe unterstützender Infrastruktur wie Betreuungs- und Dienstleistungsangeboten schultern.

Einige Ergebnisse en detail:

⇒ 75 Prozent der weiblichen und 79 Prozent der männlichen Führungskräfte gaben an, dass ihr Verständnis für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Familie gewachsen ist. Zwei

Drittel der Befragten setzen sich aktiv für Familienfreundlichkeit und Chancengleichheit in ihrem Arbeitsumfeld ein. So gesehen sind Paare mit Doppelkarriere und Kindern Multiplikatoren für eine familienfreundliche Unternehmenskultur.

⇒ Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gelungene Vereinbarkeit sind familienfreundliche Arbeitsbedingungen. 98 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass Unternehmen sie durch flexible Handlungsspielräume von Lage, Dauer und Verteilung der Arbeitszeit unterstützen sollten. 91 Prozent halten Unterstützungsangebote der Unternehmen für notwendig, die sich explizit an Väter richten. Die entscheidende Barriere liegt meist in einer anwesenheitsorientierten Unternehmenskultur.

⇒ 76 Prozent der Befragten streben eine gleiche Rollenverteilung unter den Partnern an und haben sich deshalb bewusst für das Lebensmodell „Doppelkarrierepaar“ entschieden. Für

sie ist charakteristisch, dass beide Partner in der beruflichen und der familiären Welt zu Hause sind, was sich häufig stabilisierend auf die Partnerschaft auswirkt. Insofern dient eine ausgewogene Aufteilung der familienbezogenen Tätigkeiten der Zufriedenheit aller Beteiligten.

⇒ Die Organisation der Kinderbetreuung und das Zeitmanagement im Haushalt werden als die größte Herausforderungen angesehen. Auch wenn die Paare mit ihrem Lebensmodell insgesamt sehr zufrieden sind, ist die Hälfte der Mütter (56 Prozent) und Väter (47 Prozent) mit der eigenen Work-Life-Balance unzufrieden und wünscht sich mehr Zeit für die Familie.

Die vollständige Studie ist zum Preis von 22 Euro im Buchhandel erhältlich und kann auf www.bertelsmann-stiftung.de (Publikationen) bestellt werden, im Presseportal ist eine kostenfreie Zusammenfassung zu finden.

Start für neues RBB-Studio

♦ „Wir erfinden uns Stück für Stück neu im zarten Alter von fünf Jahren und brechen auf in die bimediale Zukunft.“ Mit diesen optimistischen Worten gab RBB-Intendantin Dagmar Reim am 7. Mai das Startzeichen für das neue Sendestudio des Inforadio: Auf 1.500 Quadratmetern gibt es jetzt das vereinte Hörfunk- und Fernseh-nachrichtenstudio. Das erfolgreichste Nachrichtenstudio der ARD hat damit eine voll digitale Sendeproduktion. Der hochmoderne Sendekomplex ist im fast 80 Jahre alten Haus des Rundfunks entstanden. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit war ebenso wie sein Brandenburger Amtskollege Matthias Platzeck sehr

überrascht, dass der Denkmalschutz hier sozusagen über den eigenen Schatten gesprungen ist. Mindestens ebenso überrascht war Dagmar Reim, als Wowereit sagte, er wolle für sein Leben gern demnächst zusammen mit den RBB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern eine eigene Sendung gestalten. Dann gratulierte er der Intendantin zur erfolgreichen Fusion der beiden früheren Sender SFB und ORB. „Der RBB leistet einen guten Beitrag, Berliner und Brandenburger einander näher zu bringen.“ Das fand auch Matthias Platzeck, der sich als zuständig „für die Notizen aus der Provinz“ erklärte. Er outete sich als täglicher Hörer von

Inforadio „mindestens zwischen sieben und acht Uhr.“ Für ihn als Ministerpräsident Brandenburgs sei vor allem der hohe Regionalbezug des RBB entscheidend. „Hier kommt die Uckermark ebenso zum Zuge wie Prignitz und Lausitz und das ist für das Selbstverständnis der Brandenburger sehr wichtig.“ Einig waren sich beide Politiker darin, wie man eine Geburtstagstorte anschneidet: Nämlich nicht in kleinen Teilen vom Rand, sondern mit gekreuzten Messerklingen diagonal und mittendurch. Stellvertretend für den LFR genoss Juliane von Friesen das äußerst nahrhafte Backwerk.

von Friesen

Abschied beim RBB: Steer und Heim im Ruhestand

♦ Ein Schreibtisch, mindestens dreifach überklebt mit gelben Notizzetteln? Gelbe Zettel immer zur Hand, die sogar ihren Weg bis ins Brillenetui finden? Von nun an Vergangenheit: RBB-Hörfunkdirektorin Hannelore Steer geht in Pension und hat ihrem Nachfolger Christoph Singelstein nach eigenen Angaben höchstens zwei oder drei gelbe Zettel hinterlassen. „Alles andere ist abgearbeitet!“ sagte die resolute 65-Jährige, der man ihr Alter wirklich nicht ansieht, am 29. April im Haus des Rundfunks an der Masurenallee. „Ich glaube eben immer noch, dass schwarzer Kaffee schön macht“, bekannte sie und erklärte damit zugleich ihren immensen Konsum kalten Kaffees im Büro.

„Hannelore Steer – geliebt, geschätzt, gefeiert“ war auf Bannern und Mousepads zu lesen in dem liebevoll von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gestalteten Abschiedsfilm. Sie wurde als „Dompteurin der Herzen“, „bimediale Mutter des RBB“ und immer

wieder als „Mutter der Kompanie“ gefeiert, die, wenn es Not tat, auch Schutzengel an ihre Leute verteilte. Etwas schwerer als für Hannelore Steer waren die fünf Aufbaujahre, in denen aus SFB und ORB der RBB wurde, wohl für Fernsehdirektor Gabriel Heim. Er war gezwungen, aus zwei Programmen ein gemeinsames zu machen, und das verbunden mit schmerzhaften Budgetkürzungen. So musste sich der gebürtige Schweizer, dessen Mutter vor den Nationalsozialisten aus Berlin geflohen war, gefallen lassen, als „Sandmännchen-Mörder“ tituliert zu werden. Harte Konflikte und zähe Kompromisse waren das tägliche Brot in den ersten „Flegeljahren“, wie Heim selbst sie bezeichnete. Intendantin Dagmar Reim würdigte seine Leistung mit großer Anerkennung und dankte Gabriel Heim ebenso warmherzig, wie sie es zuvor schon bei Hannelore Steer getan hatte. Sie habe volles Verständnis, dass der nun folgende Ruhestand der Entschleunigung

seines Lebens dienen solle. David, der 15-jährige Sohn Gabriel Heims, schien diese Aussage eher anzuzweifeln. Dass der vielseitig begabte Vater aber jetzt öfter seine Kochkünste in den Dienst der Familie stellen wollte, begrüßte er sichtlich. Zu den Spezialitäten von Gabriel Heim gehört ein Pilzrisotto, das offensichtlich schon zahlreiche Gäste der Abschiedsfeier genossen hatten. Jedenfalls erwähnte Dagmar Reim es ausdrücklich und schloss nach einem Willkommen an Heim-Nachfolgerin Claudia Nothelle und Steer-Nachfolger Christoph Singelstein mit einem Wort John F. Kennedys, das einem Appell gleichkam: „Wenn wir uns einig sind, gibt es wenig, was wir nicht tun können. Wenn wir uns uneinig sind, gibt es nicht viel, was wir tun können.“ Juliane von Friesen überreichte Hannelore Steer und Gabriel Heim ein rotes Notizbuch, damit immer etwas zum Notieren da ist und sie zugleich an den LFR erinnert werden.



Frauen und Medien

11. Juli 2008 14 Uhr



LFR Berlin und Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg zu Gast beim rbb in Potsdam

Diskussion mit Dagmar Reim und Studioführung

Infos und Anmeldung: www.lfr-berlin.de und lfr-berlin@t-online.de

Bilanz nach drei Jahren LFR-Arbeit

Rechenschaft und Vorstandswahl am 23. Juni 2008

♦ Der LandesFrauenRat Berlin e.V. kommt am Montag, dem 23. Juni 2008, zu seiner turnusmäßigen Vorstandswahl im Konferenzsaal des Unternehmerinnen- und Gründerinnen-zentrums Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW), Sigmaringer Straße 1, zusammen. Dabei wird der bisherige Vorstand eine Bilanz seiner Arbeit in der Wahlperiode



Der LFR-Vorstand 2005 bis 2008 (von links nach rechts): Mechthild Rawert, Heidemarie Gerstle, Anneliese Wolf, Angelika Tayfun, Juliane von Friesen, Marlies Brouwers, Barbara Faccani.

von 2005 bis 2008 ziehen und den Delegierten der 45 Mitgliedsorganisationen seinen Rechenschaftsbericht vorlegen. Zentraler Tagesordnungspunkt ist die Neuwahl des ehrenamtlichen Vorstandes: Dabei stellt sich die bisherige Vorsitzende Juliane Freifrau von Friesen (Deutscher Juristinnenbund djb) der Wiederwahl – die Satzung des LFR Berlin sieht vor, dass die Vorsitzende nur ein einziges Mal wiedergewählt werden kann. Diese Begrenzung gibt es für die übrigen Vorstandsämter nicht. So wird die

kratischer Frauen (AsF) nominierte SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert kandidiert erneut für die Wahl zu den Beisitzerinnen. Erstmals stellt sich Susanne Schroeder (Deutscher Ärztinnenbund) zur Wahl für das Amt der Schriftführerin. Als Kandidatinnen für die Riege der drei Beisitzerinnen kandidieren ebenfalls zum ersten Mal Beate Sablotny (Frauenvertretung Ver.di) und Dagmar Brokamp (European Women's Management Development Network – EWMD). Aus dem Vorstand scheidet mit der Wahl die bisherige Schriftführerin Heidemarie Gerstle (Frauenvertretung Ver.di) und die beiden bisherigen Beisitzerinnen Barbara Faccani (EWMD) und Angelika Tayfun (Türkisch-Deutscher Frauenverein) aus.

LFR Berlin in den Gremien

Der LFR-Vorstand nahm regelmäßig an der jährlich stattfindenden Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) teil. Bei der KLFR im September 2007 in Aachen brachte der LFR Berlin erfolgreich zwei Anträge zu Frauen in den Aufsichtsräten und in Führungspositionen ein (dokumentiert in „Wir Berlinerinnen“ Nr. 98, September 2007). Zu den ostdeutschen Landesfrauenräten und besonders zum Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg bestehen enge Kontakte vor allem über regelmäßige Treffen auf der Ebene der Geschäftsführerinnen.

Der LFR Berlin vertritt seit der Gründung im Januar 2005 die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen im Frauenpolitischen Beirat der Senatsfrauenverwaltung. Diese Aufgabe nahm bis zum Herbst 2007 Barbara

Faccani und seitdem Anneliese Wolf wahr. Dem Beirat gehören 17 Vertreterinnen unterschiedlicher Organisationen und Institutionen an, von denen 14 stimmberechtigt sind, darunter auch der LFR. Er soll die frauenpolitische und interkulturelle Fachkompetenz in Berlin bündeln sowie als beratendes Fachgremium Empfehlungen zur senatsgeförderten Frauenpolitik aussprechen. Aus der soeben vorgelegten Bilanz des Beirats geht hervor, dass er zu Themen wie Anti-Gewaltarbeit, Frauen und Sucht, Frauen und Hartz IV seit seiner Gründung insgesamt elf Beschlüsse gefasst hat. Diese wurden mit unterschiedlichem Erfolg den als Adressaten genannten Behörden und/oder Institutionen mit einem Anschreiben der Staatssekretärin für Frauen zugesandt. Über seine Mitarbeit im Frauenpolitischen Beirat hat der LFR die gleichstellungspolitische Debatte im Land Berlin mitgeführt. Dazu gehörte 2006 die Beschäftigung mit dem Senatsbericht „Frauen in Berlin“. Dieser Bericht ist dann sowohl im LFR-Vorstand als auch bei einer Mitgliederversammlung vorgestellt worden.

Juliane von Friesen vertritt den LFR Berlin in der Kommission für den Berliner FreiwilligenPass (BFP), in der VertreterInnen der Zivilgesellschaft und des Senats die Gesamtsteuerung des BFP übernehmen. Vorläufer der Kommission war ein Arbeitskreis, der den BFP modellhaft entwickelte und erfolgreich als ein Instrument der Anerkennungskultur von bürgerschaftlichem Engagement einrichtete. Die 2006 neu gebildete Kommission wird den BFP weiter entwickeln. Der LFR



Barbara Faccani scheidet nach neun Jahren aus dem LFR-Vorstand aus.

stellvertretende LFR-Vorsitzende Marlies Brouwers (Katholischer Deutscher Frauenbund) ebenso zur Wiederwahl antreten wie Schatzmeisterin Anneliese Wolf (Deutscher Frauenbund für alkoholfreie Kultur). Die von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemo-

hat den Freiwilligenpass mehrfach thematisiert, als zuständiger Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales erläuterte Hermann Wabelhorst dem LFR-Plenum Bedingungen und Chancen der BFP-Vergabe.

Juliane von Friesen vertritt den LFR Berlin ferner im 2007 neu strukturierten Familienbeirat der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der den Senat beraten und ihm Impulse für familienpolitische Maßnahmen geben soll. Der Beirat wird alle drei Jahre einen Bericht über die Situation der Familien in Berlin herausgeben und berät regionale Initiativen zur Förderung der Familienfreundlichkeit.

Der LFR Berlin und der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg schlossen zur Besetzung des gemeinsamen Sitzes im RBB-Rundfunkrat eine Kooperationsvereinbarung. Darin ist geregelt, dass das Vorschlagsrecht für die Frauenvertreterin in dem Gremium für jede Rundfunkrat-Periode abwechselnd vom LFR Berlin und dem Frauenpolitischen Rat wahrgenommen wird und der jeweils andere dem Rundfunkrat einen Vorschlag für die Wahl in den RBB-Verwaltungsrat unterbreitet. Bei einem Treffen 2006 benannten beide Frauendachverbände die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen als Frauenvertreterin für den RBB-Rundfunkrat in der Periode ab 1. Januar 2007, zuvor hatte die Bran-

denburgerin Friederike von Borstel den Sitz inne, die jetzt dem RBB-Verwaltungsrat angehört.

Expertinnendatei

Bei einem Gespräch beider Vorstände mit RBB-Intendantin Dagmar Reim im vergangenen Jahr wurde die Idee für eine Expertinnendatei geboren. Diese soll dem RBB zur Verfügung gestellt werden mit dem Ziel, verstärkt die Existenz von Fachfrauen insbesondere für naturwissenschaftliche und technische Themen ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und damit ihre Präsenz von Expertinnen in den Medien, bei Fachforen und ähnlichen Veranstaltungen spürbar zu erhöhen. Ein erstes Paket mit rund drei Dutzend solcher Expertinnen wollen die Vorstandsfrauen aus Berlin und Brandenburg beim Besuch der RBB-Studios in Potsdam am 11. Juli an Dagmar Reim übergeben. Fachfrauen haben zum Beispiel der Berliner Frauenbund 1945 und der Katholische Deutsche Frauenbund im Erzbistum Berlin, aber auch das Frauenforschungs-, bildungs- und informationszentrum zugearbeitet. Die jetzt vorliegende Liste der Expertinnen kann und soll künftig noch ergänzt werden.

Mitgliedsorganisationen

Das breite Spektrum der Mitgliedsorganisationen prägt den LFR Berlin als Dachverband, der politisch, aber nicht parteipolitisch, überparteilich und überkonfessionell die Interessenvertretung von über 200.000 Berlinerinnen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wahrnimmt. Ihm gehören Mitte 2008 insgesamt 45 Frauenverbände und

weiter auf Seite 8



Barbara John wurde 2007 mit der Louise-Schroeder-Medaille geehrt. Der LFR hatte sie als Preisträgerin vorgeschlagen. Juliane von Friesen und Marlies Brouwers freuen sich mit der Ausgezeichneten (oben). Bei der Premiere der Frauenmesse im UCW 2007 öffnete auch der LFR seine Räume (rechts) und bot unter anderem eine Gesprächsrunde mit der SPD-Bundestagsabgeordneten und LFR-Vorstandsfrau Mechthild Rawert an (im Foto rechts), Schatzmeisterin Anneliese Wolf (zweite von rechts) begrüßte die Gäste.



Bilanz nach drei Jahren LFR-Arbeit

Rechenschaft und Vorstandswahl am 23. Juni 2008

weiter von Seite 7

-organisationen an. In den Jahren 2005 und 2006 wurden drei Verbände neu aufgenommen, Austritte waren in diesen Jahren nicht zu verzeichnen.

In der zweiten Jahreshälfte 2006 hat der Vorstand verstärkt begonnen, Veranstaltungen gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen anzubieten. So konnten einerseits die Mitgliederversammlungen noch abwechslungsreicher gestaltet und andererseits weitere Veranstaltungen angeboten werden. Hervorzuheben sind gemeinsame Besuche mit dem KDFB und Mitgliederversammlungen zusammen mit dem Deutschen Juristinnenbund, dem Deutschen Staatsbürgerinnen-Verband, dem Berliner Frauenbund 1945 sowie dem Ausschuss „Frauen im Sport“ des Landessportbundes und einzelnen Gleichstellungsbeauftragten in den Bezirken.

Um die Mitgliedsorganisationen besser zu vernetzen und ihnen eine Plattform für den Austausch zu bieten, hat der LFR-Vorstand ein Treffen der Vorsitzenden und Präsidentinnen eingeführt. Ein solches Treffen hat erstmals 2007 stattgefunden.

Schwerpunkte und Höhepunkte

Bestbesuchte Veranstaltung 2006 war das Forum zur Berlin-Wahl im August im Rathaus Schöneberg. Nicht nur zahlreiche Delegierte, sondern auch an Politik interessierte Berlinerinnen kamen zum Wahlforum, um sich über die Programme und Vorstellungen der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien zur Frauen- und Gleichstellungspolitik zu informieren. Der LFR-Vorstand hat diese Veranstaltung in mehreren Sitzungen vorbereitet und dabei eine Synopse der Wahlprogramme erstellt. Auf Basis dieser Synopse wurde ein Fragenkatalog unter anderem zur Existenzsicherung und Erwerbstätigkeit von Frauen, zu Geschlechtergerechtigkeit und zum Landesgleichstellungsgesetz sowie zur Integrationspolitik, zu Frauenhandel und Zwangsehen erarbeitet, der beim Wahlforum als Diskussionsgrundlage diente. Weitere Höhepunkte waren die Seminare

mit der Evangelischen Akademie zu Berlin „Frauen kommen, aber wohin geht die Macht?!“ (2006) und „Wertschöpfung durch Vielfalt: Diversity – Unternehmenskultur der Zukunft“ (2007), jeweils auf Schwanenwerder. Beide markieren inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit der vergangenen Jahre – den Themenkomplex „Frauen und Wirtschaft“ und die Beschäftigung mit dem Diversity-Prinzip. Im Ergebnis hat der LFR Berlin im Frühjahr 2008 die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Über beide Seminare wurde in „Wir Berlinerinnen“ ausführlich berichtet, der Ausgabe im Dezember 2007 lag eine Dokumentation der Beiträge der



Aktionsfahne zum 25. November vor dem UCW.

Referentinnen und Referenten des zweiten Seminars bei.

Zu den Höhepunkten der Mitgliederversammlungen 2007 zählten die Vorträge von Vertreterinnen und Vertretern des Landes, darunter die Veranstaltung zur beruflichen Bildung von Frauen mit Margrit Zauner (Sen IAS), der gut besuchte Gesprächsabend mit Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus (Sen WTF) und vor allem die Debatte mit Staatssekretärin Monika Helbig (Skz) zum Bürgerschaftlichen Engagement. Im Jahr 2006 zog der LFR erstmals vor dem UCW die Aktionsfahne zum 25. November, dem Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“ auf. Dies soll nun zur Tradition werden.

Aufbauend unter anderem auf dem Senatsbericht „Frauen in Berlin“ hat der Senat ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm (GRP) entwickelt. Der LFR hat in diesem Prozess Akzente gesetzt: Beim Plenum im April 2007 stellte Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus auch die Vorbereitung des GRP dar. Im Nachgang des Kongresses „Gleichstellung weiter denken“ im November 2007, bei dem der GRP-Entwurf vorgestellt wurde und an dem die LFR-Geschäftsführerin teilnahm, kritisierte der LFR-Vorstand in einem Schreiben an die Staatssekretärin, dass der LFR in die Erarbeitung unzureichend eingebunden war, und forderte ausreichend Zeit für eine Stellungnahme - auch einige LFR-Mitgliedsorganisationen übten ähnliche Kritik. Bei der Mitgliederversammlung im Januar 2008 diskutierte der LFR dann mit der Leiterin der Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Helga Hentschel, den GRP-Entwurf. Die Mitgliedsorganisationen waren aufgefordert, hierzu ihre Stellungnahmen einzubringen. Im Anschluss erarbeitete der LFR-Vorstand eine Stellungnahme, die Ende Januar 2008 an Frauensenator Harald Wolf ging und in „Wir Berlinerinnen“ im März 2008 dokumentiert ist. Inzwischen ist das GRP vom Senat verabschiedet und im Rat der Bürgermeister zur Kenntnis genommen. Nun will der Senat einen Masterplan mit konkreten Maßnahmen entwickeln, die die Gleichstellung im Land Berlin weiter befördern sollen (vgl. auch Beitrag auf Seite 15). Der LFR Berlin wird hier seine Verantwortung wahrnehmen und den Masterplan kritisch begleiten.

Öffentlichkeitsarbeit

Wichtiges Ziel ist seit 2006 die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch einen Relaunch der Verbandspublikation „Wir Berlinerinnen“ und den Neuaufbau der LFR-Website. Neben der inhaltlichen Auswahl und sachgerechten Bearbeitung der Beiträge wurde auch das Layout merklich übersichtlicher strukturiert.

Die allseits positive Reaktion auf die neue „Wir Berlinerinnen“ bestätigt den Erfolg des Relaunchs. Zur Jubiläumsausgabe Nr. 100 im März 2008 wurden noch einmal Layout und Typografie leicht verändert. Anlass dafür war das neue LFR-Logo und die neue Corporate Identity-Linie. Die Vorbereitungen

für den neuen Internet-Auftritt hat der LFR-Vorstand im vierten Quartal 2006 begonnen. Im Anschluss wurden durch die Webmasterin Simone Dallmeier die technischen Schritte zur Umsetzung des Konzepts in die Wege geleitet, die LFR-Website war im Sommer 2007 komplett neu aufge-

baut. Im Frühjahr 2008 wurde die Gestaltung mit dem neuen LFR-Logo aktualisiert. Eine Schulung der Webbeauftragten interessierter Mitgliedsorganisationen, die über einen Login ihre Unterseiten selbst pflegen wollen, fand Ende 2007 statt. Weitere Schulungen sind nach Bedarf geplant.

+++ Literaturtipps +++ Literaturtipps +++ Literaturtipps +++



Frauen und Politik: Die Politikwissenschaftlerin Claudia von Gélieu ist vielen Berlinerinnen und Touristinnen als Stadtführerin bekannt. Zusammen mit der Historikerin Beate Neubauer

bildet sie das „Frauentouren“-Duo, das Führungen und Vorträge zur Frauengeschichte in Berlin und Brandenburg anbietet. Jetzt hat sie sich einem der wohl spannendsten Themenkomplexe zugewandt, die frauenbewegte Frauen beschäftigen – der Genderfrage in der Politik: Nach der gescheiterten Revolution 1848 war es Frauen fast überall in Deutschland untersagt, sich politisch zu organisieren. Auch wenn sie 1908 das Koalitionsrecht und 1918 das Wahlrecht erkämpften, wirkt dieser Ausschluss der Frauen bis heute fort, so ihre These. Schließlich wurden Parteien und Parlamente von den Männern allein entwickelt und so tun sich Frauen bis heute mit den männlichen Strukturen von der Politikorganisation bis hin zum Habitus des Politikers schwer. Der mit zahlreichen Zitaten von Zeitzeuginnen gespickte Band vollzieht Erfolge und Niederlagen aus mehr als zweihundert Jahren politischer Geschichte der Frauen nach. Dabei ist dann aber auch klar: Eine Kanzlerin macht eingefahrene Strukturen noch lange nicht frauenfreundlich(er). Insgesamt ein Muss für politisch Interessierte, die auf der Suche nach gendergerechten Formen des politischen Dialogs sind.

Sabine Röhrbein

Claudia von Gélieu: *Vom Politikverbot ins Kanzleramt. Ein hürdenreicher Weg für Frauen.* Lehmanns Media Berlin 2008, 192 S., 12 Euro.

Liebeserklärung: Zum 100. Geburtstag der Schweizer Schriftstellerin Annemarie Schwarzenbach am 23. Mai 2008 sind verschiedene Bücher erschienen, darunter in der Edition Ebersbach der schöne Band „Fast eine Liebe“ von Alexandra Lavizzari. In einem New Yorker Hotel lernen sich im Juni 1940 die 23-jährige amerikanische Schriftstellerin Carson McCullers und die neun Jahre ältere Schweizer Schriftstellerin Annemarie Schwarzenbach kennen. Trotz unterschiedlicher Herkunft und Lebenssituationen – Carson sieht mit viel Optimismus ihrer beginnenden Karriere als Schriftstellerin entgegen, während Annemarie, rastlos und zermürbt von der unerwiderten Liebe zu Erika Mann, durch ihren Drogen- und Alkoholmissbrauch gezeichnet ist, besteht starke gegenseitige Anziehungskraft zwischen den Frauen. Die scheinbare Seelenverwandtschaft der stets unerfüllte Beziehung endet nach nur zwei Jahren mit dem tragischen Tod Schwarzenbachs. Alexandra Lavizzari beschreibt nicht nur die Biografien der beiden sehr unterschiedlichen Frauen (ergänzt durch zahlreiche Abbildungen), sondern reflektiert auch eine Liebe zwischen sich immer wieder zerschlagenden Hoffnungen, verpassten Chancen und der gegenseitigen Faszination zweier Menschen, die aneinander vorbeilieben.

Nora Kuhle

Alexandra Lavizzari: *Fast eine Liebe.* Edition ebersbach Berlin 2007, 144 S., 18 Euro.

Frauen und Wirtschaft. Als Frauen zu Beginn des 20. Jahrhunderts Zugang zu Universitäten gewährt wurde, studierten sie meist Fächer, die als „weiblich“ galten. Inzwischen gibt es aber mehr Studentinnen der Wirtschaftswissenschaften als etwa der Germanistik. Was hat Frauen in den zurückliegenden Jahrzehnten dazu

bewogen, sich den „männlichen“ Studiengängen der BWL und VWL zuzuwenden? Das vorliegende, äußerst interessante Buch, zeichnet den Weg in historischer Perspektive nach: Schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren Frauen als Buchhalterinnen und Kontoristinnen willkommen, aber betriebliche Führungspositionen und akademische Stellen blieben Männern vorbehalten. Nach 1945 haben sich die Wirtschaftsstudien und -berufe unterschiedlich entwickelt – in der DDR erlebte der Bereich (außer in Spitzenpositionen) eine ausgeprägte Feminisierung, während sich in der Bundesrepublik die Geschlechter-Segregation erhielt. Allerdings ist das Gefüge jetzt in Bewegung geraten und Wirtschafts-



akademikerinnen gelangen vermehrt in Positionen, die für sie früher unerreichbar waren. Mit ihrer zunehmenden Präsenz in den wirtschaftlichen Fächern haben Frauen die erste Hälfte des Weges zurückgelegt. Hier ziehen die Autorinnen in ihrer von der DFG geförderten Studie Bilanz und wagen einen vorsichtig optimistischen Ausblick, denn nach wie vor haben Grenzbeziehungen zwischen den Geschlechtern auf dem Arbeitsmarkt Bedeutung – wenn sie auch subtiler und weniger legitimierbar sind als noch vor 100 Jahren. Ein nicht nur für Wirtschaftsakademikerinnen empfehlenswerter Band.

Sabine Röhrbein

Andrea-Hilla Carl, Friederike Maier, Dorothea Schmidt: *Auf halbem Weg. Die Studien- und Arbeitsmarktsituation von Ökonominen im Wandel.* Edition sigma Berlin 2008, 187 S., 15,90 Euro.

„Wir bleiben an dem Thema dran“

BPW zieht nach erstem Equal Pay Day positive Bilanz

♦ Eine positive Bilanz haben die Business and Professional Women (BPW) Germany nach dem ersten deutschen Equal Pay Day gezogen: Bundesweit fanden mehr als 40 Veranstaltungen mit über 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. SPD, CDU und Grüne haben für Verbesserungen bei der Lohngleichheit von Frauen und Männern plädiert und Anträge und Anfragen im Bundestag und auf Landesebene eingebracht. Damit hat das Frauennetzwerk als Initiator des Aktionstages die Debatte um Lohngerechtigkeit in Deutschland belebt. Für den BPW steht fest: „Wir bleiben an dem Thema dran und werden Wirtschaft und Politik drängen, die gestern vorgestellten Maßnahmenbündel in die Tat umzusetzen“, erklärte BPW-Präsidentin Dr. Bettina Schleicher.

Die überwältigende Resonanz, die der Equal Pay Day gleich bei seiner Premiere in Deutschland gefunden habe, zeige, „wie sehr das Thema auf den Nägeln brennt!“ so Schleicher. Dem

BPW seien die zahlreichen Gespräche an dem Aktionstag wichtig gewesen: „Damit endlich Bewegung in die Sache kommt und alle – Politik, Wirtschaft und jede und jeder Einzelne – dazu beiträgt, dass sich die seit Jahren scheinbar eingerostete Gehaltschere endlich schließt.“ Bei den Aktionen auf den Straßen hätten sich viele Passanten überrascht und empört gezeigt, dass Frauen in Deutschland heute noch 22 Prozent weniger verdienen als Männer. Diese Beobachtung belegt auch eine Studie, die das BMFSFJ anlässlich des Aktionstages veröffentlichte: Mehr als 90 Prozent der Befragten stimmten zu, dass Frauen und Männer selbstverständlich gleich bezahlt werden sollten. Neben politischen Maßnahmen, wie der Abschaffung des Ehegattensplittings und der Verbesserung der Kinderbetreuung, tritt der BPW Germany für mehr Transparenz in den Unternehmen ein. „Wir regen eine Selbstverpflichtung an, damit die Unternehmen nach schwedischem Vorbild regel-

mäßig die Gehälter ihrer männlichen und weiblichen Mitarbeiter gegenüberstellen, um mögliche Benachteiligungen aufdecken und gezielt beseitigen zu können“, erläuterte Bettina Schleicher. Auch an den Gerichten müsse sich etwas bewegen, damit betroffene Frauen eine Chance haben, ihre Benachteiligung über Gutachten nachweisen zu lassen. „Unsere Initiative hat hier bei der Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ein Defizit aufgezeigt“, so Schleicher. Der Verband, eines der größten und ältesten Berufsnetzwerke für Frauen weltweit mit Beraterstatus beim Europarat und den Vereinten Nationen, werde seine Forderungen weiterhin mit Nachdruck verfolgen. „Zum Equal Pay Day 2009 müssen wir einen Schritt weitergekommen sein – nicht nur zum Wohle der Frauen, sondern auch und gerade, weil Wirtschaft und Gesellschaft von einer gerechteren Verteilung der Gehälter profitieren!“

sbr

Zahlenwerk

Die Erwerbstätigenquote bei Frauen zwischen 15 und 64 Jahren ist nach Angaben von Eurostat von 58,7 (2001) auf 59,6 Prozent (2005) gestiegen. Im Vergleich dazu sind 71,2 Prozent der Männer erwerbstätig. An der europäischen Spitze liegen die Frauen in Dänemark und Schweden mit jeweils über 70 Prozent. Auch die Lohnunterschiede sind beträchtlich. Frauen verdienen nach den Vergleichszahlen 2003 als Vollzeitbeschäftigte durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer. Bezogen auf den Stundenlohn beträgt der Unterschied gar 26 Prozent. Auch innerhalb einer Berufsgruppe klaffen die Verdienste auseinander. Nur ein Beispiel: Chemikerinnen verdienen pro Monat im Schnitt 850 Euro brutto weniger als ihre männlichen Kollegen.

Quelle: bundesregierung.de

Gleicher Lohn ist Thema bei BPW-Treffen

♦ Das Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ steht auch beim BPW DACH Treffen vom 8. bis 10. August 2008 in Vorarlberg im Mittelpunkt. Bei dem fünften Treffen der deutschsprachigen BPW Frauen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz soll die im vergangenen Jahr von BPW Germany begonnene Aktion „Rote Tische ausgeweitet werden.

„Noch immer verdienen Frauen weniger als ihre männlichen Kollegen in gleicher Position. Daher fordern wir ‚Frauen verdienen mehr!‘“, so Sylvia Dillinger-Brigl, Präsidentin von BPW Austria in ihrer Einladung. Um Frauen bei dieser Forderung in ihrem Alltag zu stärken, sind sechs Workshops mit Expertinnen geplant, den Einstieg ins Thema liefert eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion. „Da wir bei diesem brisanten Thema auch die Männer zur Umsetzung brauchen, sind die männlichen Begleiter unserer BPW Frauen herzlich eingeladen

ebenfalls an den Workshops teilzunehmen. Der Workshop ‚Was können Männer beitragen, um die Einkommensschere zu schließen?‘ ist eigens dafür eingerichtet, auch Männer für dieses Thema zu sensibilisieren und zur Mitarbeit anzuregen“, betont Dillinger-Brigl.

An dem Wochenende sind zum Auftakt außerdem ein Candlelightdinner und der gemeinsame Besuch der Bregenzer Festspiele (Aufführung der Oper ‚Tosca‘) als der kultureller Höhepunkt des Treffens geplant.

sbr

Informationen und das Programm des BPW DACH Treffens unter dem Motto „Frauen verdienen mehr“ finden Interessentinnen auf www.bpw-germany.de und www.bpw.at im Internet.



Männer sahen Rot im Roten Rathaus

♦ Nein, die eindeutig in Unterzahl befindlichen Männer liefen nicht Amok. Vielmehr begleiteten sie ihre zahlreich erschienenen und beinahe ausnahmslos rot ausgestaffierten Frauen, die zum 1. Equal Pay Day ins Rote Rathaus geeilt waren. Dorthin hatte Frauenstaatssekretärin Almuth Nehring-Venus am 15. April eingeladen. Mit dem internationalen Aktionstag, der in Deutschland zum ersten Mal begangen wurde und dessen Erkennungszeichen eine rote Tasche als Symbol für das leere Portemonnaie ist, soll auf die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern aufmerksam gemacht werden. Die Idee zu dieser Initiative stammt aus den USA. In Deutschland hat den Equal Pay Day das Frauennetzwerk Business and Professional Women (BPW) Germany eingeführt.

In der von Britta Elm (RBB) moderierten Diskussion wurden dann auch immer wieder die 22 Prozent angeprangert, die hierzulande Frauen im Durchschnitt weniger verdienen als Männer. Damit ist Deutschland zusammen mit Zypern Schlusslicht in der EU. Die Direktorin des Harriett-Taylor-Mills-Instituts, FHW-Professorin Friederike Maier, zählte die ökonomischen Ursachen auf, die übrigens bereits Alice Salomon in ihrer Dissertation erforscht hat. Damit war sie 1906 die erste Ökonomin, die an der Berliner Universität promovierte. Männer, die in Unternehmen in Führungspositionen die Gehaltspolitik bestimmen, und die vor allem Körperkraft bewöhnende Arbeitsbewertung in Tarifverträgen wurden als die Hauptschuldigen ausgemacht.

Aber, so BSR-Vorstandsvorsitzende Vera Gäde-Butzlaff, auch Frauen selbst würden häufig zu wenig Gehalt einfordern. Sie, die in ihrer Spitzenposition in einer Männerdomäne selbst eine Ausnahmeerscheinung ist, hatte die Lacher auf ihrer Seite, als sie sagte: „Auch wenn für die BSR alles Männer auf der Straße sind, heißt das doch nicht, dass sie nicht von einer Frau geführt werden können.“

Mehr Führung durch Frauen, dafür plädierte auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert. Deshalb muss nach ihrer Auffassung dringend ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft auf den Weg gebracht werden. Sie dämpfte die Erwartungen der Zuhörerinnen jedoch umgehend, indem sie einräumte, dass es ein solches Gesetz in der laufenden Legis-

laturperiode sicherlich nicht geben werde.

BPW-Präsidentin Bettina Schleicher war dennoch geradezu euphorisch gestimmt. Sie verkündete, dass es bundesweit über 20 Veranstaltungen zum 1. Equal Pay Day gegeben habe und über zehn Millionen Menschen wüssten nun, welche Bedeutung die Rote Tasche habe. Deshalb überreichte sie auch gleich ein besonders schickes Exemplar der Firma MCM an Anke Domscheit (Microsoft), die sich als Fan und ständige Trägerin roter Taschen outete.

Und ein Mann profitierte besonders von der Aktion „Rote Tasche“: Bitta Elm gab zum besten, dass ihr Mann bislang der festen Überzeugung gewesen sei, der Equal Pay Day sei der Tag, von dem an er in jedem Jahr für sich und nicht mehr für das Finanzamt arbeiten müsste. „Ich habe ihm diese Illusion geraubt. Sein Traumtag kommt erst im Juni“, seufzte die RBB-Moderation. Anne Wolf und Juliane von Friesen, die zu Beginn die Grüße des LFR Berlin übermittelt hatte, seufzten stellvertretend für den LFR mit und zogen bestens mit roten Taschen ausgestattet von dannen.

JvF

DGB-Kampagne 2008 bis 2009: „Ich bin mehr wert!“

♦ „Für die Wahl ihrer Berufsausübung zahlen Frauen noch immer den höheren Preis durch einen geringeren Verdienst. Auch bei Berufen, die auf den ersten Blick weder frauen- noch männerdominiert sind, hört der Verdienst für Frauen dort auf, wo er für Männer gerade beginnt. In Deutschland arbeiten Frauen zu 70 Prozent für Niedriglöhne und fast jede zweite in Teilzeit. Treffen niedriges Entgelt und kurze Teilzeit aufeinander, sind Frauen von eigenständiger Existenzsicherung meilenweit entfernt.“ Das ist der Ansatz der DGB-Kampagne „Ich bin mehr wert!“, die am diesjährigen Internationalen Frauentag startete und ein Jahr lang bis zum 8. März 2009 für Entgeltgleichheit werben will.

„Bisher wurde die Entgeltdifferenz vor allem damit begründet, dass die Bildungschancen und auch Ausbildungs-

wege von Frauen zu geringer Qualifizierung und damit schlechterer Bezahlung führen“, heißt es dazu im DGB-Infobrief „Frau geht vor“ vom Frühjahr 2008. Dieses Argument sei inzwischen nicht mehr zu halten, da junge Frauen und Mädchen mittlerweile gleichwertige, wenn nicht sogar bessere Bildungsabschlüsse vorweisen würden als gleichaltrige Jungen. „Als neues Argument kommt nun, dass zunächst die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu lösen sei, damit den Frauen bessere Chancen im Berufsleben eröffnet werden, in deren Folge sich dann auch die Entgeltgleichheit quasi automatisch einstellt.“ Zwar sei es richtig, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie „ein wichtiges Thema ist, um gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verwirklichen, aber es ist

auch so, dass es keinen Automatismus gibt zwischen einer besseren Vereinbarkeit und der dann sich aufhebenden Entgeltdifferenz. Im Gegenteil: Wir vertreten die Auffassung, dass es ebenso wie beim Thema Vereinbarkeit oder in der Bildungspolitik auch bei der Entgeltgleichheit zu aktiven Maßnahmen kommen muss von allen beteiligten Akteuren“, meinen die DGB-Frauen.

Der erste Schritt zur Veränderung sei das Aufdecken ungerechtfertigter, verschiedener Maßstäbe für Frauen im Arbeitsleben. „Daher wollen wir zum einen zeigen, was alles schon getan wird oder auch getan werden kann. Zum anderen wollen wir Möglichkeiten aufzeigen, wie Deutschland zu einer abgestimmten Strategie in dieser Frage kommen kann.“ sbr

Internet-Info: www.dgb-frauen.de

Hinhaltetaktik nicht hinnehmbar

DF-Gespräch mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz

♦ Ein gesetzlicher Mindestlohn ist notwendig – darüber waren sich Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) und der Vorstand des Deutschen Frauenrates (DF) bei ihrem Treffen am 14. April einig. Einen Tag vor dem ersten Equal-Pay-Day in Deutschland war auch die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern ein wichtiges Thema. Bundesminister Scholz zeigte großes Interesse an den entsprechenden DF-Aktivitäten.

Es gehe nicht an, dass für Frauen unter Verweis auf ein hohes Einkommen des Partners Stundenlöhne von 4,50 Euro für zumutbar erklärt würden, so Scholz. Die DF-Vertreterinnen betonten, dass die Hinhaltetaktik sowohl der Wirtschaft als auch der Politik im Bezug auf Entgeltgleichheit und Mindestlöhne nicht hinnehmbar sei. Scholz bat um „operationalisierbare“ Vorschläge, denn die Gesetze für die Umsetzung der Entgeltgleichheit seien da. So verabredeten der DF-Vorstand und der Arbeitsminister Konsultationsgespräche zum Thema.

Weitere Themen

Kritische Nachfragen hatte der DF zu den nachteiligen Auswirkungen der Erhöhung des Rentenalters von Frau-

en, die die notwendigen Pflichtbeitragsjahre in den seltensten Fällen erreichten. Hierauf erwiderte Scholz, dass einige Nachteile für Frauen beseitigt worden sind, so zum Beispiel durch die Anerkennung von Erziehungszeiten als Beitragszeiten und den Versorgungsausgleich nach Trennung und Scheidung.

Nachbesserung bei Nichtleistungsempfängerinnen

Unterschiedliche Positionen gab es auch zum Thema Hartz-Reformen: Der DF verwies auf den ersten Zwischenbericht zur geschlechterspezifischen Evaluierung von Hartz IV. Er zeige, dass die im Vorfeld der Reform befürchteten nachteiligen Auswirkungen auf Frauen eingetreten seien. Die verschärfte Anrechnung des Partner Einkommens und die mangelhafte Einbeziehung von Nichtleistungsempfängerinnen in die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik habe die Situation von Frauen deutlich verschlechtert. Dem widersprach Bundesminister Scholz: Schon immer seien beim Bezug von zusätzlichen Mitteln aus Steuergeldern die in einer Lebensgemeinschaft oder Ehe vorhandenen Mittel berücksichtigt wor-

den, hier hätten die Hartz-Reformen nichts grundlegend verändert. Allerdings sieht auch Scholz bei der Eingliederung von Nichtleistungsempfängerinnen noch Verbesserungsbedarf. Zwar sei deren Anteil in den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik angewachsen, aber sowohl die Bundesagentur für Arbeit als auch sein Ministerium strebten eine weitere Steigerung an. Nach wie vor sei aber der flächendeckende Ausbau von Kindertageseinrichtungen, auch solcher mit 24 Stunden Öffnungszeiten, eine unerlässliche Bedingung. Ebenso kam das Thema Menschenhandel bei diesem ersten Gespräch zwischen dem DF und dem Bundesarbeitsminister zur Sprache. Der DF-Vorstand beklagte unter anderem die Weigerung der Bundesregierung, im Zuwanderungsgesetz einen Rechtsanspruch für Opfer von Menschenhandel auf medizinische und therapeutische Hilfe einzuräumen. Bundesminister Scholz bat um Daten, aus denen klar erkennbar werde, dass trotz einer entsprechenden Verordnung seines Ministeriums die notwendige medizinische und therapeutische Hilfe in vielen Fällen nicht gewährt werde. *sbr*

Stellungnahme Deutscher Frauenrat (DF)

Am 15. April wird in Deutschland zum ersten Mal der Equal Pay Day begangen. Der internationale Aktionstag macht auf die ungleiche Entlohnung von Männern und Frauen aufmerksam. Brunhilde Raiser, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, sagte aus diesem Anlass: „Frauen verdienen weniger, weil sie Frauenarbeiten verrichten, und Frauenarbeiten werden geringer bezahlt, weil sie von Frauen ausgeübt werden. Zu diesem Zirkelschluss kamen die US-amerikanischen Sozialpsychologinnen Sharon T. Shepela und Ann T. Viviano vor gut zwanzig Jahren. Leider ist er heute so aktuell wie damals: In der geschlechtsspezifischen Aufteilung und Bewertung von reproduktiver und produktiver Arbeit konstituiert sie die

diskriminierende Geschlechterhierarchie täglich neu: Trotz gesteigener Qualifikation von Frauen – wir alle wissen: so eine gut ausgebildete Frauengeneration wie heute gab es noch nie – trotz 50 Jahre Gleichberechtigungsgesetz, trotz beachtlicher Gleichberechtigungsgewinne, die wir auf vielen Gebieten errungen haben. Um diese anachronistische Gerechtigkeitslücke endlich zu schließen, brauchen wir nicht noch mehr Girls' Days oder andere Ermutigungsprogramme für das ‚Defizitmodell Frau‘. Was wir brauchen, sind neue geschlechtergerechte Bewertungssysteme, wir brauchen neue Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst und für die Privatwirtschaft, und wir brauchen vor allem Gesetze: Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz

(AGG), für das sich der Deutsche Frauenrat lange eingesetzt hat, zeigt für manche Fälle von Entgeltdiskriminierung bereits Erfolge. Aber wir wollen mehr: Bereits seit 2002 fordert der Deutsche Frauenrat ein Gesetz zur Durchsetzung des Entgeltgleichheitsgebots, das unter anderem Tarifvertragsparteien und Unternehmen verpflichtet, ihren Entgeltsystemen diskriminierungsfreie Arbeitsbewertungsverfahren und Arbeitsbewertungen zugrunde zu legen. Und wir bleiben bei unserer Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft. Denn wir erleben täglich, dass freiwillige Verpflichtungen zu nichts führen. Gesetze aber durchaus,“ so die Vorsitzende der Lobby der Frauen, Brunhilde Raiser.



Rückenwind aus Europa?

♦ Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft hat die SPD-Europaabgeordnete Lissy Gröner zum ersten Equal Pay Day in Deutschland gefordert. „Ein Armutszeugnis, dass gleicher Lohn bei gleicher Arbeit auch nach 100 Jahren noch nicht gelöst ist“, so Gröner, die frauenpolitische Sprecherin der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament ist. Deutschland hat europaweit die rote Laterne, wenn es um die gleiche Entlohnung von gleicher Arbeit geht. „Wie wollen Regierungen und Arbeitgeber weiter rechtfertigen, dass Frauen in Deutschland durchschnittlich noch immer 22 Prozent weniger verdienen als Männer und der Anteil der weiblichen Manager auf niedrigem Niveau stagniert?“ fragt die Europaabgeordnete. „Es ist ein Armutszeugnis für Deutschland, dass im 21. Jahrhundert gute und oft sogar besser ausgebildete Frauen weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen“, betont sie. Die Initiativen zur Gleichstellung von Frauen und Männern hätten bisher wenig Erfolg gezeigt. „Appelle und freiwillige Vereinbarungen stießen ins Leere. Ich fordere die Frauenministerin auf, endlich zu handeln und mit einem Gesetz zur Gleichstellung in der Privatwirtschaft und durch Unterstützung eines gesetzlichen Mindestlohns gegen diese Diskriminierung vorzugehen“, so Lissy Gröner.

Europäische Union unabhängiger Gewerkschaften

♦ Aus Anlass des „Equal Pay Day“ forderte die Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses der CESI und stellvertretende dbb-Bundvorsitzende Kirsten Lühmann: „Aus Sicht der CESI besteht dringender Handlungsbedarf, um die nach wie vor bestehenden strukturellen Benachtei-

ligungen von Frauen abzubauen.“ Nur eine gerechte Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit könne zu tatsächlicher Lohngleichheit führen. Auch die Arbeitgeber seien gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die veränderte Familienmodelle und Einkommensverteilungen ermöglichen.

AG sozialdemokratischer Frauen (ASF)

♦ Anlässlich des Equal Pay Day erklärte Elke Ferner, MdB, die Bundvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): „Nicht nur am 8. März, dem Internationalen Frauentag, setzen sich Frauen für ihre Rechte ein. Zu gleichen Rechten gehört auch gleiche Bezahlung und das Ende der Lohndiskriminierung von Frauen. Wir danken dem Frauennetzwerk Business and Professional Women BPW Germany, dass es zusammen mit anderen in Deutschland mit dem ersten so genannten Equal Pay Day mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen und der Initiative ‚Rote Tasche‘ das Problem in die Öffentlichkeit bringt. Wenn wir die Lohnschere zwischen Frauen und Männern reduzieren wollen, brauchen wir gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, faire und Existenz sichernde Löhne für gute Arbeit und diskriminierungs-

freie tarifliche Einordnung so genannter typischer Frauenberufe genau so wie die Umgestaltung des Ehegattensplittings und die Neuordnung der Lohnsteuerklassen. All dies wirkt sich darauf aus, was Frauen in der Tasche bzw. auf dem Gehaltskonto haben. Deshalb brauchen wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen, damit Frauen das bekommen, was sie verdienen. So wird ihre Arbeit und ihre Qualifikation anerkannt, so können sie ihre Existenz sichern, für ihre soziale Sicherung sorgen und fürs Alter vorsorgen. Von der Bundesministerin von der Leyen haben Frauen außer viel Verständnis nichts zu erwarten, denn konkrete Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen lassen immer noch auf sich warten. Darum müssen die Frauen sich selbst kümmern. Wie zum Beispiel am Equal Pay Day. Die SPD ist an ihrer Seite.“

Stellungnahme Deutscher Juristinnenbund (djb)

♦ Am 15. April beteiligen sich bundesweit Frauen und Männer am ersten deutschen Equal Pay Day, dem internationalen Aktionstag für mehr Entgeltgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Entgeltdiskriminierung zu beseitigen ist Pflicht und nicht nur Kür, das ergibt sich sowohl aus dem EG-Vertrag als auch aus nationalem Recht. Trotz dieser eindeutigen Verbote der Entgeltdiskriminierung, die in Deutschland überwiegend seit mehr als 50 Jahren bestehen, sind die erheblichen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern immer noch nicht beseitigt. Frauen verdienen durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer, europaweit sind es 15 Prozent. Diese Einkommensunterschiede

zwischen den Geschlechtern sind in Deutschland seit 1995 sogar um ein Prozent angewachsen, während sie sich europaweit um 2 Prozent verringert haben. Deutschland liegt im EU-Vergleich auf dem viertletzten Platz. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften als Tarifvertragsparteien, vor allem aber die Arbeitgeber selber stehen den Frauen gegenüber unverändert in der Schuld, diesen skandalösen Zustand endlich zu beenden. Doch auch die Bundesregierung schöpft ihre Möglichkeiten, die strukturelle Entgeltdiskriminierung zu beseitigen - zum Beispiel durch die Verpflichtung der Wirtschaft und der Tarifpartner zu einer diskriminierungsfreien Arbeitsbewertung -, bei Weitem nicht aus; sie belässt es bei

gelegentlichen Aktionstagen, Förderprogrammen und verbalen Appellen an die Wirtschaft und die Tarifpartner. „Die Geduld der Frauen geht nun zu Ende“ erklärt Jutta Wagner, die Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes (djb). „Die Analyse der Entgeltdiskriminierung und ihrer Ursachen liegt vor, auch die Schritte zur Abhilfe sind entworfen und zur Diskussion gestellt. Es fehlt jedoch an der entschlossenen Kraft der Regierung, die trotz EG-vertraglicher Verpflichtung bisher im Wesentlichen untätig geblieben ist.“ Der djb unterstützt daher den Aktionstag, der Politik und Wirtschaft die diskriminierende und nicht länger hinnehmbare Entgeltsituation der Frauen deutlich vor Augen führen soll.

Louise-Schroeder-Medaille für Inge Deutschkron

♦ Die Schriftstellerin und Journalistin Ilse Deutschkron wurde am 17. April 2008 mit der Louise-Schroeder-Medaille geehrt. Die Auszeichnung überreichte Parlamentspräsident Walter Momper (SPD) bei einer Feierstunde im Abgeordnetenhaus. Die Schriftstellerin entstammt einer jüdischen Familie, die während des NS-Regimes untertauchte. Inge Deutschkron wurde in dieser Zeit mit ihrer Mutter von Freunden versteckt. Sie ist durch ihr Buch „Ich trug den gelben Stern“ bekannt geworden. Dieses Buch war für den Leiter des Grips-Theaters, Volker Ludwig, Vorlage zu dem Theaterstück „Ab morgen heißt Du Sarah“, das mit ihrer Hilfe aufgeführt wurde. Ludwig hielt auch die Laudatio und zeigte Stationen des Lebens von Ilse Deutschkron auf.

Die Louise-Schroeder-Medaille wird jährlich rund um den 2. April – dem Geburtstag Louise Schroeders - durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Abgeordnetenhauses verliehen. Mit der Louise-Schroeder-Medaille

werden Persönlichkeiten oder Institutionen geehrt, die dem persönlichen und politischen Vermächtnis Louise Schroeders in hervorragender Weise Rechnung tragen und sich in besonderer Weise Verdienste um Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen erworben haben. „Ich freue mich, dass die Louise-Schroeder-Medaille 2008 an Inge Deutschkron verliehen wird“, erklärte Parlamentspräsident Momper. „Sie konnte als junges Mädchen auf abenteuerliche Weise den Nazi-Schergen entkommen. Später, als Journalistin, hat sie als Brückenbauerin zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Israel beigetragen. Als Laudator ist niemand geeigneter als Volker Ludwig, der Leiter des Berliner Grips-Theaters: Durch sein Theaterstück „Ab morgen heißt Du Sarah“ hat er ihre außergewöhnliche Lebensgeschichte einer breiten Öffentlichkeit bekannt und anschaulich gemacht.“ Mit der Auszeichnung folgt das Präsi-

dium des Abgeordnetenhauses dem Vorschlag des Kuratoriums „Louise-Schroeder-Medaille“.

Auch der LandesFrauenRat Berlin hatte sich für Inge Deutschkron als Preisträgerin ausgesprochen. „Als unbeirrbar und unerschrockene Mahnerin hat sie vieles mit der einstigen Berliner Bürgermeisterin gemeinsam. Indem sie sich für die ‚stillen Helden‘, Menschen, die Juden gerettet haben, einsetzt, steht sie in der Tradition von Louise Schroeder, die sich besonders um die ‚kleinen Leute‘ verdient gemacht hat“, heißt es in einem Schreiben des LFR an das Kuratorium. Sie habe sich in hervorragender Weise Verdienste um Demokratie und Frieden erworben. „Zeit ihres Lebens tritt sie für Menschenrechte und gegen jegliche Form von Rassismus ein, insbesondere jungen Menschen bringt sie mit ihrem Werk die Unmenschlichkeit des NS-Regimes nahe.“

wolf/sbr

Verein feiert Silberjubiläum

♦ Seit 25 Jahren setzt sich der Verein „Hilfe für ausländische Frauen und Kinder e.V.“ für Mädchen und Frauen nichtdeutscher Herkunft ein, bietet ihnen kompetente Beratung und Beistand in kritischen Situationen und wirbt mit kulturellen Veranstaltungen für gegenseitiges Verständnis. Am Freitag, dem 4. Juli 2008, feiert der Verein, dem die LFR-Vorstandsfrau Barbara Faccani vorsitzt, in der Französischen Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt sein Jubiläum. Fast 230.000 Mädchen und Frauen aus aller Welt leben in Berlin. Viele von ihnen wurden hier geboren, kamen als Arbeitskräfte oder fanden hier Asyl. Vor allem Türkinnen, Kurdinnen und Araberinnen waren durch den krassen Wechsel ihrer Lebenswelten Belastungen ausgesetzt. Einrichtungen der evangelischen Kirche haben Anfang der 1980er Jahre spezielle Beratungs- und Betreuungsangebote für sie entwickelt. Über den Verein Hilfe für ausländische Frauen und Kinder, der vor 25 Jahren im April 1983 ge-

gründet wurde, sind sie miteinander verbunden. „Wir geben ihnen nicht nur ideelle und materielle Unterstützung, sondern bieten auch kompetente Beratung und konkreten Beistand in kritischen Situationen an, seien es praktische Hilfen für den Alltag oder auch Mitfinanzierung der unterschiedlichen Angebote, die das Zusammenleben und die Integration fördern“, heißt es in der Einladung zur Jubiläumsfeier.

Dabei stehen unter dem Motto „Aus aller Frauen Länder“ zwei Podiumsgespräche auf dem Programm. Das erste „Von der Zuzugssperre zum Zuwanderungsgesetz“ bestreiten Nele Allenberg (Dienststelle des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesregierung und der EU), Sonka Gerdes (Referentin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Sybille Rösel (Referatsleiterin im Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) und Hanns Thomä, Beauftragter

für Migration und Integration der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Die Moderation übernimmt Barbara Faccani. Im zweiten Podiumsgespräch diskutieren Frau Bayam von Papatya (Anonyme Kriseneinrichtung für junge Migrantinnen), Sabine Dunckel von Hünbun (Internationales Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien), Aliye Er von Ugrak (Beratung-Kurse-Treffpunkt für Frauen aus der Türkei) und Pigi Mourmouri von To Spiti (Zentrum für griechische Frauen und ihre Familien - Internationales Frauen- und Familienzentrum) sowie Petra Reich (Interkulturelle Familienbildung Tiergarten - Trödel-Tee-Stube) die Frage „Wie sieht es in der Praxis der Projekte aus?“ Prof. Barbara John moderiert. Für den musikalischen Rahmen sorgt die Pianistin Anastasia Iliopoulou am Flügel. Die Veranstaltung beginnt um 17 Uhr.

sbr

Jetzt kommt der Masterplan

Senat und BürgermeisterInnen haben GRP beschlossen

♦ Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm (GRP) ist perfekt: Der Berliner Senat hat es mit Beteiligung des Rates der Bürgermeister jetzt beschlossen. Die „Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin“ sollen bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2011 gelten. Ziel des GRP ist eine inhaltliche und strategische Weiterentwicklung der Berliner Gleichstellungspolitik. Es soll die Debatte um Geschlechtergerechtigkeit neu beleben, sie mit aktuellen Fragen verbinden und die wichtigsten Handlungsfelder der Genderpolitik bestimmen. In Umsetzung des GRP soll sich die Gleichstellung der Geschlechter spürbar verbessern und Berlin fit gemacht werden für die Lösung gesellschaftlicher Probleme, die ohne die Überwindung traditioneller Rollenstereotypen nicht wirksam zu bewältigen sind. Darauf aufbauend soll nun ein „Masterplan Gleichstellung“ mit konkreten Maßnahmen und Aktionen erstellt werden. Er soll sich stärker als dies im Rahmenprogramm möglich war mit dem Verhältnis der Geschlechter beschäftigen.

Der LFR Berlin hat in einer Stellungnahme zum GRP-Entwurf, der Ende 2007 vorlag, eine umfangreiche Bewertung abgegeben. „Aktive Gleichstellungspolitik hat in der Politik des Landes Berlin Tradition. Grundlage des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms ist das Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen zu gewährleisten und eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Männern zu ermöglichen“, heißt es eingangs darin. „Insbesondere dem nachhaltigen Engagement vieler Frauen in Vereinen, Verbänden und Parteien zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen ist es zu verdanken, dass Berlin in der Gleichstellungspolitik eine Vorreiterrolle einnimmt. Die bis heute erzielten Erfolge beruhen auch auf den in der Vergangenheit erfolgten gesetzlichen Regelungen, zum Beispiel zur Einsetzung von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, von Frauenvertreterinnen sowie von Genderbe-

auftragten. Auch ihnen und allen gleichstellungspolitisch Aktiven in der Berliner Politik und Verwaltung gebührt unser Dank“, würdigt der LFR das jahrzehntelange Engagement für die volle Gleichstellung von Frauen. Gemeinsam mit anderen Frauenorganisationen hat der LandesFrauenRat Berlin das GRP als ein Steuerungsinstrument für gleichstellungspolitische Ziele begrüßt. Verpflichten sich alle Senatsverwaltungen zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit, erwartet der LFR, „dass die damit einhergehenden Verpflichtungen auch haushaltspolitisch verbindlich umgesetzt werden. Unabdingbar ist, dass der begonnene Prozess des Gender Budgeting auf dieser Grundlage forciert und stabilisiert wird“, heißt es. Vier zentrale Herausforderungen bilden den Kern des GRP: Bei der vorschulischen und schulischen Bildung, bei Hochschule, Fachkräftemangel und Existenzsichernder Beschäftigung, dem demographischen Wandel, der sozialen Gerechtigkeit und der Integration ist eine gezielte Politik zur Verbesserung der Rechte und der Situation von Mädchen und Frauen nötig. Der Senat erneuert mit dem GRP die Bedeutung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting für die Gleichstellungspolitik und setzt sich das Ziel, diese Instrumente noch konsequenter in der Berliner Verwaltung anzuwenden.

Wichtigste organisatorische Neuerung ist jedoch die Einrichtung eines Ausschusses „Gleichstellung“ auf Staatssekretärebene, der die Neuausrichtung der Gleichstellungspolitik steuern und koordinieren soll.

Einige Kritikpunkte der Berliner Frauenorganisationen am GRP-Entwurf sind in der endgültigen Fassung positiv gewendet. Darauf macht auch Dr. Eva Högl, die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) aufmerksam. „Die Anregungen der ASF, aber auch des LandesFrauenRates und einzelner Berliner Frauenverbände wurden teilweise aufgegriffen und haben das Programm konkretisiert und verbessert“, so ihr Kommentar für die Parteiinfor-

mation „Berliner Stimme“. Högl weiter: „Es bleibt zu kritisieren, dass das Programm vergleichsweise wenig formuliert zum Arbeitsmarkt und der Beschäftigung von Frauen sowie zu dem Themenkomplex Wirtschaft und Finanzen. Nach Ansicht der ASF sind gerade diese Themen zentral für die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen.“ Frauenpolitik habe in Berlin einen hohen Stellenwert. Eigenständige und aktive Frauen- und Gleichstellungspolitik sei ein Markenzeichen Berliner Politik und gehöre zu den wichtigen Handlungsfeldern des Berliner Senats. „Gleichwohl gibt es weiterhin einen enormen Handlungsbedarf, denn auch in Berlin sind Frauen alles andere als gleichgestellt in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Beispielhaft genannt: Gezielt verbessert werden müssen die Beschäftigung von Frauen, die Entlohnung und die Qualität der Arbeit sowie die soziale Sicherung. Und dringend erhöht werden muss die Zahl von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik“, betont Högl. Die ASF hoffe jetzt insgesamt auf eine engagierte und breite Diskussion über die Berliner Gleichstellungspolitik nicht nur im Senat, sondern auch im Abgeordnetenhaus, in den Bezirken sowie mit den Frauenverbänden und Sozialpartnern. Eine intensive Auseinandersetzung über den zu erstellenden Masterplan sei ebenso nötig wie über konkrete Vorschläge zur Erreichung der im Rahmenprogramm formulierten Ziele zur Verbesserung der Lage der Frauen in Berlin.

Der LFR Berlin wird sich weiterhin an der Debatte zum GRP und dem Masterplan beteiligen. Die Mitgliedsorganisationen sind aufgerufen, sich hier einzubringen und aus ihrer Fachkompetenz heraus Vorschläge für die konkrete Umsetzung der im GRP benannten Handlungsfelder zu entwickeln. Und: Der Senat ist gefordert, die Hinweise aus den Frauenverbänden aufzugreifen und das weitere strategische Vorgehen mit ihnen ernsthaft zu diskutieren.

Sabine Röhrbein

Neues aus dem UCW

Bilder im Treppenhaus

♦ Das Treppenhaus des UCW, der Sitz des LFR Berlin in der Sigmaringer Straße, wird zur Ausstellungshalle: „HOCHKunst 4“ nennt sich die Exposition mit Arbeiten der Kunstprojekte Platane 19 e. V., Sozialtherapeutisches Wohnprojekt (Pro Seniore), Binger Club Pinel gGmbH und des Kreativbereichs der ajb Kreuzberg. Die Vernissage fand Mitte Mai statt, bis 30. Juni ist die Exposition montags bis freitags von 11 bis 19 Uhr zu sehen.

Stressfrei leben

♦ Zum Workshop lädt „Stressless Studioline“ am Samstag, dem 28. Juni, ein. Dabei können sich die Teilnehmerinnen unter Anleitung von Renate Stein in der Zeit von 10 bis 16 Uhr über vier Stresstypen informieren und nachspüren, was sie ganz individuell stresst, wie das eigene Leben ohne Stress aussehen könnte und wie sie mit persönlichen Stressmomenten umgehen können. „Stressless Studioline“ ist im UCW in der ersten Etage zu finden. Infos zur Veranstaltung unter 86 20 13 70.

Bald neue Website

♦ Unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam“ schaffen Frauen für sich und andere im UCW Arbeitsplätze. Architektinnen, Büromanagerinnen, Dolmetscherinnen, Heilpraktikerinnen, Juristinnen, Künstlerinnen, Stadtführerinnen, Finanzberaterinnen und viele mehr bieten ihre Dienstleistungen im UCW an, in dem auch der LFR Berlin seine Geschäftsstelle hat. Zur Zeit wird der Internet-Auftritt des Zentrums neu gestaltet. Die neue Homepage wird voraussichtlich Anfang Juli freigeschaltet. Infos erhalten Interessenten bis dahin bei der UCW-Koordinatorin Bea Königs per Mail an info@ucw-berlin.de oder unter 86 31 31 83.

Internet: www.lfr-berlin.de und www.ucw-berlin.de

Familienfreundliche Hochschulen

♦ Die Freie Universität Berlin und die Technische Fachhochschule Berlin gehören zu den ausgezeichneten Hochschulen beim Wettbewerb „Familie in der Hochschule“. Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder, Bundesminister Wolfgang Tiefensee (SPD), hat kürzlich mit seinen Projektpartnern Dr. Ingrid Hamm von der Robert Bosch Stiftung und Prof. Dr. Detlef Müller-Böling vom Centrum für Hochschulentwicklung die Entscheidung der Wettbewerbsjury bekannt gegeben. Insgesamt hatte das hochrangig besetzte Gremium 62 Bewerbungen zu bewerten. Die weiteren Preistäger sind die Medizinische Hochschule Hannover, die Philipps-Universität Marburg, die Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen und die Fachhochschule Potsdam sowie die Hochschule Wismar und die Friedrich-Schiller-Universität Jena. Diese acht Hochschulen werden in den kommenden zwei Jahren mit jeweils 100.000 Euro bei der Weiterentwicklung ihrer Konzepte unterstützt und in einem „best practice Club“ zusammenarbeiten. Der hochkarätigen Jury gehörten unter anderem Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums

Berlin für Sozialforschung, Prof. Dr. Hans Bertram von der Humboldt Universität zu Berlin, Prof. Dr. h. c. Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Berlin und Prof. Dr. Margret Wintermantel, Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Bonn an. Die prämierten Hochschulen werden unterstützt, ihre Angebote für Studierende und Lehrende mit Kindern weiter zu verbessern.

„Die Vereinbarkeit von Studium und Arbeit mit Familie wird zunehmend wichtig für die Hochschulen, die in einem harten bundesweiten und internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe stehen. Nur mit den besten Köpfen kann exzellente Forschung und Lehre langfristig gesichert werden“, betonte Tiefensee anlässlich der Veröffentlichung der Ausgezeichneten. „Auch wenn Familienfreundlichkeit sicher für Väter und Mütter gleichermaßen gilt - ganz besonders wichtig für den Wissenschaftsstandort Deutschland ist es, das große Defizit an Wissenschaftlerinnen auszugleichen. Hier sind uns die anderen Industrienationen oft weit voraus. Familienfreundlichkeit ist also kein Wahlfach, sondern Pflichtprogramm für die Hochschulen“, meinte er.

Ausgezeichnete Gleichstellung

♦ Die Technische Universität (TU) Berlin wurde Ende Mai mit dem „Total E-Quality-Prädikat“ ausgezeichnet. Besonders hervorgehoben wurden dabei das Gender Controlling-Konzept und die Maßnahmen im Rahmen der Qualitätsmanagementoffensive in der Lehre. Das Prädikat wurde für zunächst drei Jahre verliehen. Überreicht werden die Urkunden von der Vorstandsvorsitzenden von TOTAL E-QUALITY Deutschland e. V. und als Unternehmerin des Jahres ausgezeichneten Eva Maria Roer. Insgesamt 40 Mal wurde die Auszeichnung in diesem Jahr bundesweit an Organisationen und Institutionen für beispielhaftes Handeln im Sinne einer an Chancengleichheit ausgerichteten Personalführung vergeben, darunter an 15 Wissenschaftseinrichtungen. Als nationale und international starke Forschungs- und Bildungs-

einrichtung mit überwiegend natur- und ingenieurwissenschaftlichem Profil sehe sich die TU Berlin in besonderer Weise verpflichtet, gleichstellungspolitische Ziele zu verfolgen und habe die Gleichstellung auch in ihrem Zukunftskonzept zu einem Thema von strategischer Bedeutung gemacht, so die Jury. Besonders innovativ sei die Einführung eines so genannten „Gender Controlling“. Auch würden neue Wege in der Berufungspolitik beschritten

„Wir sind sehr stolz, dass unsere Anstrengungen insbesondere das neue, wissenschaftlich unterstützte Gender Controlling-Konzept diese Anerkennung finden“, sagt TU-Kanzlerin Dr. Ulrike Gutheil, die gleichzeitig Projektleiterin für die in der Jury-Entscheidung als fortschrittlich bezeichnete Personal- und Organisationsentwicklung ist.



Studie zur Entgeltungleichheit

♦ Nahezu alle sozialen Milieus, Alters- und Bildungsgruppen nehmen Entgeltungleichheit als eine der großen noch bestehenden Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft wahr. Das ist das zentrale Ergebnis der Studie „Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern“ des Heidelberger Instituts Sinus Sociovision für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Tatsächlich sind mehr als zwei Drittel der Bevölkerung durch davon überzeugt, dass Frauen bei gleicher Qualifikation und Ausbildung deutlich weniger verdienen als Männer. Andererseits sind mehr als 90 Prozent der Meinung, dass Frauen und Männer selbstverständlich gleich bezahlt werden sollten. Die Studie zeigt auch, dass sich Männer mit den Frauen bei diesem Thema inzwischen solidarisieren – Frauen werden in der Berufswelt als gleichwertig erlebt, die ungleiche Entlohnung dagegen als Verschwendung wichtiger Ressourcen. Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, dass sich die Bewertung von Arbeit an der Leistung und nicht am Geschlecht orientieren sollte.

Die häufig fehlenden Möglichkeiten zur Kinderbetreuung und Bedingun-

gen wie zum Beispiel eine anwesenheitsorientierte Arbeitskultur, die die Bedürfnisse von Erziehenden ignorieren, nennt die Studie als Ursachen für die schlechtere Bezahlung von Frauen. Denn für die Kindererziehung unterbrechen in der Regel die Mütter relativ lange ihre Erwerbstätigkeit, womit in der Folge Karriereknicks und Einkommenseinbußen verbunden sind. So ist Entgeltungleichheit einerseits Folge tradierter Rollenmuster, festigt aber andererseits die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung, selbst wenn Paare solche Vorstellungen nicht als ihr Lebensmodell favorisieren. Sie entscheiden aber die Frage, wer nach der Geburt des Kindes zunächst zu Hause bleibt, auch unter finanziellen Aspekten. So hat Elternschaft in aller Regel keine Konsequenzen für die Erwerbstätigkeit des besser verdienenden Mannes, hat aber Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit der Frau. Ihre Karriere verläuft diskontinuierlich. Weiteres Ergebnis: 85 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass mehr Männer Elternzeit nehmen würden, wenn Frauen besser bezahlt würden.

Download im Bereich „Publikationen“ unter www.bmfsfj.de

Frauen- und Männerverdienste

♦ Bessere Betreuungsangebote könnten die erhebliche Lücke zwischen den Gehältern von Frauen und Männern schließen helfen. Das geht aus einer aktuellen Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln hervor. Danach verdienen Frauen 2006 je Stunde durchschnittlich 28 Prozent weniger als Männer. Das liegt unter anderem an der Berufswahl, der Qualifikation und den Branchen, in denen sie tätig sind. Aber auch wenn diese Unterschiede herausgerechnet werden, herrscht noch kein Gleichstand. Wenn vollzeitbeschäftigte Frauen wegen der Kinder dem Beruf länger fernbleiben, macht sich das im Salär schmerzlich bemerkbar, lautet das Fazit. So beträgt die Lohndifferenz zu den Männern nach einer Berufspause von mehr als drei Jahren 14 Prozent, bei einer Pause zwischen

einem und drei Jahren sind es noch 10 Prozent. Am geringsten ist der Lohnabstand mit 6 Prozent bei jenen vollzeitbeschäftigten Frauen, die weniger als ein Jahr nicht erwerbstätig waren. Doch vielen Müttern ist es nicht möglich, nach der Geburt ihres Kindes schnell wieder in den Beruf zurückzukehren. Nicht zuletzt fehlt es an Kinderbetreuungsmöglichkeiten. So könnten der Ausbau von Ganztagschulen sowie ein größeres Betreuungsangebot dazu beitragen, den Lohnabstand zwischen Männern und Frauen deutlich zu verringern. Derzeit stehen in Westdeutschland lediglich für 7 Prozent der Kinder unter drei Jahren Tagesbetreuungsangebote bereit, in Ostdeutschland sind knapp 40 Prozent der Kleinsten versorgt. **Mehr Infos sind unter www.ikwoeln.de (Presse) zu finden.**

Tipps + Tipps + Tipps

Handbuch neu aufgelegt

♦ Das neu aufgelegte Handbuch „Kinder- und Jugendpolitik, Kinder und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland“ gibt einen Überblick über kinder- und jugendrelevante Gesetze sowie die jugendpolitischen Strukturen, Ziele und Maßnahmen des Bundesjugendministeriums und anderer Ministerien. Ein Nachschlageteil stellt über 430 bundesweit tätige Jugendverbände und andere Organisationen vor.

Das Handbuch ist unter www.bmfsfj.bund.de und www.kinderjugendhilfe.info zu finden.

Wettbewerb zur Aidsprävention

♦ In diesem Jahr wird zum ersten Mal der Bundeswettbewerb Aidsprävention ausgelobt. Einsendeschluss ist der 15. Juli 2008. Der Wettbewerb wird von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) gemeinsam mit dem Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) und dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) ausgerufen.

Mehr Informationen unter www.gesundheitliche-chancengleichheit.de im Internet.

Neue Website für BBE-Kampagne

♦ Seit kurzem stehen die neu gestaltete Website und die Veranstaltungsdatenbank zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2008 zur Verfügung. Dort können alle geplanten Veranstaltungen für die Aktionswoche eingetragen werden. In einer Sonderausgabe des Infoletters stellt das BBE-Kampagnenteam die neuen Elemente vor, mit denen es den Austausch zwischen den Akteuren vor Ort und dem Kampagnenteam anregen und fördern möchte.

Internet-Adresse: www.engagement-macht-stark.de

Mehr Tipps finden Sie auf www.lfr-berlin.de

Alleinstehende Seniorinnen

♦ Wie das Statistische Bundesamt kürzlich mitteilte, sind alleinstehende Frauen zum Großteil im Seniorenalter, während nur ein kleiner Teil der alleinstehenden Männer Senioren sind. Im Jahr 2006 waren 50 Prozent der knapp 9 Millionen alleinstehenden Frauen 65 Jahre und älter, bei den alleinstehenden Männern waren es rund 7,5 Millionen (17 Prozent). Die alleinstehenden Frauen waren häufig verwitwet (45 Prozent), während bei alleinstehenden Männern der Anteil der Ledigen (63 Prozent) am höchsten lag. Die Mehrzahl der alleinstehenden Frauen lebte überwiegend von Rente oder Pension (56 Prozent), während alleinstehende Männer ihren Lebensunterhalt mehrheitlich durch Erwerbstätigkeit (55 Prozent) bestritten.

Studie zu Angeboten für schwangere Teenager

♦ Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat jetzt einen neuen Band ihrer Fachbuchreihe „Aus Forschung und Praxis der Sexualaufklärung und Familienplanung“ herausgegeben. Darin sind Ergebnisse einer von der BZgA in Auftrag gegebenen Untersuchung zu Hilfebedarf und Beratungsangeboten für jugendliche Schwangere und Mütter in Berlin und Brandenburg zusammengefasst. Ziel der Untersuchung war es herauszufinden, welche Angebote und Hilfen es für minderjährige Schwangere und Mütter in Berlin und Brandenburg gibt und wie die mit der Thematik befassten Expertinnen und Experten die Situation einschätzen. Weiter wurde gefragt, ob die bestehenden Angebote bekannt sind und wie sie von den Jugendlichen angenommen werden. Dabei wurde auch die spezifische Situation von minderjährigen Schwangeren und Müttern mit Migrationshintergrund in den Blick genommen.

Der Band 28 der Fachheftreihe „Forschung und Praxis der Sexualaufklärung und Familienplanung“ kann gegen eine Schutzgebühr von 11 Euro bei der BZgA in 51101 Köln oder per Mail an order@bzga.de bestellt werden (Best.-Nr.: 133 000 28).

Väter zwischen Job und Familie

♦ Väter in Deutschland fühlen sich bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf von ihren Arbeitgebern nicht genügend unterstützt. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Anforderungen von Vätern an einen familienfreundlichen Arbeitgeber“, die von der Hessenstiftung „familie hat zukunft“ vorgelegt wurde. Dabei gaben bundesweit 360 Väter im Alter von 21 bis 66 Jahren der beauftragten IGS-Organisationsberatung Auskunft. Die Befragten leben fast alle in festen Partnerschaften und haben im Schnitt zwei Kinder, 84 Prozent von ihnen arbeiten Vollzeit.

Nur rund 40 Prozent der Väter bezeichnen ihren Arbeitgeber als familienfreundlich, somit sind knapp 60 Prozent unzufrieden mit den Bedingungen am Arbeitsplatz. Knapp 71 Prozent der beschäftigten Väter fürchten zudem negative Konsequenzen, wenn sie familienfreundliche Angebote, wie etwa die Elternzeit, nutzen würden. Sogar 30 Prozent beobachten bei denjenigen Vätern ein negatives Image, die der Familie ein größeres Gewicht als der Arbeit beimessen. Als positiv empfinden sie da-

gegen die zeitliche Flexibilität der Arbeitszeit, die in vielen Unternehmen gewährt wird. Die Mehrheit der Befragten wünscht sich mehr Freiheiten im Bereich des Home-Offices, der Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit, Gleitzeit und Elternzeit. Knapp ein Drittel kann sich vorstellen, zu Gunsten der Familienfreundlichkeit am Arbeitsplatz auf 10 Prozent des Gehalts zu verzichten.

Auswirkungen der familienunfreundlichen Arbeitsbedingungen sind Konflikte zwischen beruflichen und familiären Anforderungen (42,7 Prozent), zu wenig Zeit für die Kinder (57,7 Prozent) und Beziehungsprobleme (69,1 Prozent). Die stärksten Erwartungen an ihre Firma haben die Väter bei der flexiblen Arbeitszeitgestaltung, dem familienbewussten Verhalten sowie den individuellen Karrierechancen. Viele Väter sehen in einer familienfreundlichen Firmenpolitik positive Chancen in Bezug auf die Identifikation mit dem Arbeitgeber, der eigenen Arbeitsmotivation sowie der Zufriedenheit.

Die Studie ist unter www.hessenstiftung.de abrufbar.

Firmen mit Doppelspitze im Vorteil

♦ Firmen mit einer männlich-weiblichen Doppelspitze machen den stärksten Umsatz. Dies geht aus der Studie des Wirtschaftsinformations-Anbieters Databyte hervor, der Daten von 800.000 Unternehmen auswertete. Die Untersuchung ergab, dass in rund 80 Prozent der Unternehmen ausschließlich Männer die Fäden in der Hand halten, während sich etwa 14 Prozent allein in Frauenhand befinden. Jedoch nur in 6 Prozent der Betriebe teilen sich Frauen und Männer die Verantwortung. Aber gerade in diesen Unternehmen liegt der durchschnittliche Jahresumsatz mit rund 7,9 Millionen Euro und einer Beschäftigtenzahl von 51 im Durchschnitt besonders hoch. Firmen mit männlicher Führungsriege erwirtschaften dagegen gut 7,4 Millionen Euro Umsatz im Jahr, erzielen allerdings bei durchschnittlich 43 Mitarbeitern den höchsten Umsatz pro Kopf. Die Unternehmen, in denen allein Frauen das

Sagen haben, gehören mit 16 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von knapp 1,9 Millionen Euro eher zu den kleinständischen Betrieben. Eine vielfältig besetzte Chefetage verspricht demnach offensichtlich einen größeren Erfolg.

Bei der Betrachtung der Frauenquote nach Bundesländern und Städten zeigt die Studie deutliche Schwankungen: Mit 17 Prozent liegt die Frauenquote in Berlin überdurchschnittlich hoch, während in Bremen die Quote mit 13 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt verharrt. Bei den Orten mit über 200.000 Einwohnern liegen neben Berlin die ostdeutschen Städte Chemnitz, Leipzig und Dresden über der Durchschnittsfrauenquote, während sich die Frauen in Bremen, Kiel, Düsseldorf und Lübeck im Hintertreffen befinden.

Mehr Infos sind unter www.ungleich-besser.de und unter www.databyte.de zu finden.



Frauen entscheidend für Standort Deutschland

♦ Die Teilhabe von Frauen am Berufsleben ist entscheidend für die künftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. So das Fazit der Untersuchung „Frauen auf Expedition in das Jahr 2020“ der Robert-Bosch-Stiftung im Auftrag der Deutschen Bank, die beschreibt, wie sich die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in den kommenden zwölf Jahren durch einen gesellschaftlichen Strukturwandel verändern könnte.

Der Strukturwandel lasse für Unternehmer künftig keine andere Lösung zu, als gut ausgebildete Frauen mehr einzubeziehen und aufzubauen. Nur wenn mehr Frauen leichter aufsteigen, könnten Betriebe auch künftig Innovation und Wachstum garantieren. Die demografische Entwicklung und der Wandel der Arbeitswelt hätten zur Folge, dass künftig mehr Fachkräfte gebraucht würden, was den gut ausgebildeten Frauen zugute komme. Zudem seien zunehmend weibliche Führungseigenschaften gefragt, führt die Studie aus. „Wer künftig klug entscheiden will, muss verstehen, welche Veränderungen der Ungleichheit der Geschlechter bis 2020 überhaupt denkbar sind. Wir analysieren daher das Wechselspiel zwischen Frauen und dem künftigen strukturellen Wandel – und entwerfen ein plausibles Zukunftsszenario, für Frauen und von Frauen gestaltet“, ist in der Einführung zu lesen.

Die Vision ist klar umrissen: Der demografische Druck hat bis 2020 zu einer familienfreundlicheren Politik geführt, da Frauen als Arbeitskräfte und Mütter dringend benötigt werden. Zudem haben die wachsende Projektwirtschaft, zunehmende Wissensintensität und rasche virtuelle Vernetzung zur Verbreitung flexibler Arbeitsmodelle geführt. Es gab einen Mentalitätswandel in Geschlechterfragen. Resultat ist eine gleichmäßigere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern. Väter spielen im Familienleben eine größere Rolle durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dies wird auch durch die Tatsache begünstigt, dass die Alterung der Bevölkerung 2020 die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften besonders im rasch wachsenden Pflegebereich

erhöht haben wird. Frauen sind immer besser ausgebildet, ihr Einkommensbeitrag zum Konsum der Familie ist gestiegen. Das gilt vor allem für alleinerziehende Mütter. Die zunehmende Wissensintensität und das Wachstum in technischen Bereichen haben die Nachfrage nach Spezialwissen erhöht. Gleichzeitig wird das Interesse von Frauen an traditionellen „Männertumdomänen“ wie Wissenschaft und Technik stark gefördert. Kooperation und Innovation gewinnen an Bedeutung und „Soft Skills“ wie soziale Kompetenzen und Kreativität sind stärker gefragt. Immer mehr Frauen steigen in leitende Positionen in Wirtschaft und Politik auf. Sie prägen einen stärker konsultativen und längerfristig orientierten Stil.

„Im Jahr 2008 ist eine gleichgestellte Gesellschaft ein entferntes, aber erreichbares Ziel“, heißt es. Deutschland könne eine Führungsrolle in der Familienpolitik einnehmen und damit eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, die allen Familienmitgliedern zugute kommt. „Staat und Unternehmen können das künftige Leben von Frauen stark beeinflussen (und selbst profitieren). Letztlich wählt aber jede Frau – und jeder Mann – den Pfad dieser Expedition ins Jahr 2020 selbst, zum eigenen und gegenseitigen Nutzen.“ Die gegenwärtige Situation von Frauen ist noch wenig ermutigend: Die Zahl der berufstätigen Mütter mit Kindern im Alter von unter drei Jahren liege deutlich unter dem OECD-Durchschnitt – ebenso wie die Zahl der Managerinnen unter dem EU-Durchschnitt sei, so die Studie. Wichtig für die Zukunft sei daher, Frauen schon früh Führungsqualitäten zu vermitteln sowie strategische Berufs- und Lebensplanung. Entscheidend sei eine familienfreundlichere Personalpolitik mit mehr Teilzeit. Eine kurze Auszeit für die Kindererziehung dürfe nicht karrierehemmend sein. Zudem sei eine bessere Bezahlung der Frauen und mehr Transparenz bei den Gehältern nötig.

Frauen auf Expedition in das Jahr 2020 - Das Wechselspiel zwischen Strukturwandel und Frauen: Auf dem Weg zu mehr Gleichstellung in Deutschland unter www.dbresearch.com

Gut arbeiten bis 67 Jahre?

♦ Genau 58 Prozent der Arbeitnehmerinnen in Deutschland glauben, ihrer Arbeit auch mit 67 Jahren noch gewachsen zu sein, 42 Prozent sehen dabei jedoch Schwierigkeiten. So das Ergebnis der repräsentativen Studie „Rente mit 67 – Voraussetzungen zur Weiterarbeitsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen“ des Instituts für Gerontologie an der TU Dortmund im Auftrag von INQA. Dabei wurden 1.800 berufstätige Frauen der Jahrgänge 1947 bis 1964 befragt.

Dass die Studie nur die weiblichen Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt, hat seinen Grund: Frauen haben nach wie vor geringere Aufstiegsmöglichkeiten als Männer, verdienen weniger und sind vielfach in der Situation, Kindererziehung und Beruf vereinbaren zu müssen. Frauen arbeiten eher in Teilzeit oder in zeitlich begrenzten Arbeitsverhältnissen und sind in der Regel schlechter gegen soziale Risiken abgesichert. „Gelingt es nicht, Frauen ausreichend beim Erreichen der neuen Altersgrenze von 67 Jahren zu unterstützen, droht nicht nur ein unzureichendes Alterseinkommen für die Betroffenen, auch der Wirtschaft insgesamt gehen dringend benötigte Arbeitskräfte verloren“, so INQA-Sprecher Dr. Rainer Thiehof. Als Hindernisse bei der Rente mit 67 sehen die Befragten ihre gesundheitlichen Voraussetzungen, die vorherrschenden Arbeitsbedingungen, die persönliche und familiäre Situation sowie die Qualifikation. Die Beschäftigten sehen sich selbst in der Pflicht, aktiv zu werden. Von den Unternehmen erwarten sie Maßnahmen bei der Gesundheitsförderung und Qualifizierung.

INQA ist ein Zusammenschluss von Bund und Ländern, Unternehmen, Gewerkschaften, Stiftungen und Sozialversicherungsträgern unter dem Motto „Wertschöpfung durch Wertschätzung“. Dahinter steckt der Gedanke, dass Deutschland nur dann im globalen Wettbewerb bestehen kann, wenn es effizientes und effektives Wirtschaften mit einer mitarbeiterorientierten Unternehmenskultur verbindet. INQA wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales initiiert und wird operativ von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) begleitet.

Projekt

Ausbildungsbrücke führt alt und jung zusammen

♦ Das von der LFR-Vorsitzenden Juliane von Friesen ins Leben gerufene Projekt „Ausbildungsbrücke“ will jungen Menschen neue Chancen auf ihrem Weg aus der Schule in den Beruf eröffnen. Nach dem erfolgreichen Start in Berlin (Beuke-Oberschule und Leistikow-Oberschule in Zehlendorf) wird am 1. Juli die „Ausbildungsbrücke Hannover“ starten. Auch für Hamburg und Augsburg sowie an zehn Standorten in Ostdeutschland sollen im nächsten halben Jahr Ausbildungsbrücken entstehen.

Für die Ausbildungsbrücke engagieren sich jeweils ältere Menschen, die in der Regel nicht mehr berufstätig, aber bereit sind, ihr Wissen und ihre Erfahrung als ehrenamtliche Schüler- und Ausbildungspaten an Jüngere in Schul- und Berufsausbildung weiterzugeben. Vor allem Schulabgängerinnen und Schulabgängern der neunten und zehnten Klassen sollen so einen besseren Start in ihre Berufstätigkeit haben. Viele finden keinen Ausbildungsplatz, der ihren Wünschen und Fähigkeiten entspricht. Im schlimmsten Fall haben sie gar keinen Abschluss. Einige brechen Schule oder Ausbildung aus einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit ab. Die Idee: Ehrenamtliche Schülerpaten können hier gegensteuern. Die Patenschaften haben neben der Eingliederung in eine Ausbildung damit die doppelte Funktion der Prävention, indem die Paten die jungen Leute unterstützen, motivieren und ihnen auch in Krisen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Idealerweise beginnt die Patenschaft bereits zwei Jahre vor dem Schulabschluss, damit die Paten ihre Schülerinnen und Schüler optimal in die Ausbildung begleiten können. Und auch die Seniorinnen und Senioren haben etwas davon: Ihre Kompetenzen sind gefragt, im generationsübergreifenden Dialog „rosten“ sie nicht ein und können von den jungen Leute sicher auch viel lernen. *sbr*

Kampflinie zwischen SPD und CDU: Gleichstellung in der Privatwirtschaft

♦ Gebührenfreiheit für alle Bildungseinrichtungen von der Kita bis zum Studium und die Einführung eines Rechtsanspruches auf ganztägige Bildung und Betreuung von Anfang an hat die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) bei ihrer Bundeskonferenz Mitte Juni in Kassel gefordert. Beide Punkte sind ebenso wie die Forderung nach dem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn Positionen des dort beschlossenen Aktionsplans „Gleichstellung jetzt!“, der frauenpolitische Anforderungen an das SPD-Regierungsprogramm 2009 bündelt. Vom Mindestlohn würden Frauen besonders profitieren, weil sie gut 70 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor stellten, so die Begründung. „Forderungen für Ansprüche wegen diskriminierender Bezahlung müssen in voller Höhe rückwirkend erhoben werden können“, heißt es unter der Überschrift „Gleicher Lohn für gleich(wertig)e Arbeit“.

Die ASF fordert außerdem unter anderem einen wirksamen gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung, die uneingeschränkte Umsetzung von Chancengleichheit in Forschung und Lehre insbesondere durch Beachtung von Gender- und Diversity-Aspekten, die geschlechtergerechte Umgestaltung des SGB II und III, die Abschaffung der Steuerklasse V zugunsten einer gerechten Verteilung der Steuerlast zwischen den Ehegatten und die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe zum Beispiel im Einkommensteuerrecht. Kernforderungen sind ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sowie eine gesetzliche Regelung zur paritätischen Besetzung von Aufsichtsgremien nach norwegischem Vorbild. Für Verärgerung sorgte in diesem Zusammenhang eine Veröffentlichung von Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen (CDU) zur dritten Bilanz zur Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft. Unter der Überschrift „Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf macht Fortschritte – allerdings mit unterschiedlichem Tempo“ stellen die Ministerin und die

Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft unter anderem fest, dass die Frauenbeschäftigungsquote 2007 weiter auf 64 Prozent gestiegen sei und sich Deutschland damit EU-weit im oberen Mittelfeld befinde. Der größte Fortschritt sei bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erkennen, heißt es. Allerdings liege die Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern unter fünf Jahren mit 44 Prozent im internationalen Vergleich im unteren Bereich, bei Frauen mit Kindern unter acht Jahren im Mittelfeld. Nach wie vor seien in Deutschland Frauen in Führungspositionen unterrepräsentiert, in nur einem der 100 größten deutschen Unternehmen sitze eine Frau im Vorstand. Auch Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern seien weiterhin sichtbar. Die ASF ärgert, dass die CDU-Politikerin trotz ihrer offensichtlichen Befunde nach wie vor gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung in der Privatwirtschaft ablehnt und stattdessen weiter auf das wenig effektive Freiwilligkeitsprinzip setzt. „Frau von der Leyen muss endlich ihrer Rolle als Frauenministerin gerecht werden“, betonte die ASF-Bundesvorsitzende Elke Ferner. „Die offenkundige Lohnungleichheit in Deutschland und die beschämend geringe Zahl von Frauen in Führungspositionen machen ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft dringend erforderlich. Bei diesem Thema könnte Frau von der Leyen zur Abwechslung unter Beweis stellen, dass sie auch für Frauen unterwegs ist.“

Die Bundeskonferenz bestätigte Ferner mit 94 Prozent der Delegiertenstimmen im Amt der Bundesvorsitzenden. Als ihre Stellvertreterinnen wurden Evelyn Gebhardt (Baden-Württemberg), Barbara Hackenschmidt (Brandenburg) und Marianne Wallach (NRW) bestätigt. Die Berlinerin Margrit Zauner wurde erneut als Beisitzerin in den ASF-Bundesvorstand gewählt. Die Konferenz sprach sich zudem dafür aus, Gebhardt auf Platz zwei der SPD-Liste zur Europawahl 2009 zu führen. Die Berlinerinnen enthielten sich, denn auch die Berliner Europa-Abgeordnete Dagmar Roth-Behrendt hat beste Chancen auf diesen Listenplatz. *sbr*

Per Gesetz mehr Frauen in den Aufsichtsräten?

Debatte über Quotenregelung im Bundestag

♦ Wo in deutschen Unternehmen Entscheidungen mit Breitenwirkung getroffen und hohe Einkommen erzielt werden, sind Frauen selten zu finden. Seit Jahren stagniert der Frauenanteil in den Spitzenpositionen bei unter fünf Prozent, bei der Besetzung von Aufsichtsratsposten mit Frauen gehört Deutschland mit Portugal und Italien zu den Schlusslichtern in Europa. Deshalb will die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Aktiengesellschaften nach norwegischem Vorbild dazu verpflichten, ihre Aufsichtsräte bis zum Jahr 2012 zu mindestens 40 Prozent mit Frauen zu besetzen. Sonst soll der Entzug der Börsenlizenz drohen.

Damit hat eine Debatte das Parlament erreicht, die seit Jahren die Gleichstellungspolitik bewegt. So hat die Konferenz der Landesfrauenräte im September 2007 Bundestag und Bundesregierung dazu aufgefordert, eine sanktionsfähige Quotenregelung für Aufsichtsräte auf den Weg zu bringen. Diese soll sicher stellen, dass die deutschen Aufsichtsräte spätestens in der übernächsten Legislaturperiode sogar zu 50 Prozent mit Frauen besetzt sind. Den Antrag hatte der LFR Berlin eingebracht. Der Deutsche Frauenrat (DF) unterstützt den Ansatz der Bündnisgrünen, tritt aber ebenso generell für eine paritätische Besetzung von Gremien ein. „Die Aufsichtsgremien der hiesigen Unternehmen haben eine solche Umstrukturierung besonders nötig. Denn mit einem Frauenanteil von unter zehn Prozent leiden sie an männlicher Monokultur, die den Erfordernissen der modernen Weltwirtschaft nicht gerecht wird – und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen schon gar nicht“, so DF-Vorsitzende Brunhilde Raiser.

Tatsächlich sind die Bemühungen der Bundesregierung, den Frauenanteil in den Chefetagen der Wirtschaft zu erhöhen, bisher weitgehend verpufft. Im Jahr 2001 scheiterte Frauenministerin Christine Bergmann (SPD) mit den Plänen für eine gesetzliche Regelung. Die dann erzielte auf Freiwilligkeit beruhende Vereinbarung mit den Spitzenverbänden der Privatwirt-

schaft blieb wirkungslos. Nur Gesetze mit verbindlichen Vorgaben und Quotenregelungen können die Beteiligung von Frauen auf Dauer erhöhen. Das gilt in der Wirtschaft sowie in Politik und Wissenschaft, wo Geschlechterquoten Frauen helfen, die so genannte „gläserne Decke“ zu durchbrechen. Dieses Fazit der Frauenverbände findet zunehmend Widerhall in der Politik. Und so markiert der von den Bündnisgrünen bereits 2007 in den Bundestag eingebrachte Antrag „Quote für Aufsichtsratsgremien börsennotierter Unternehmen einführen“, der Anfang Mai Anlass einer Anhörung vor dem Rechtsausschuss war, den vorläufigen Höhepunkt der Debatte.

Anhörung im Bundestag

Norwegen zeigt, wie die Gleichstellung von Frauen und Männern auch in der Privatwirtschaft umgesetzt werden kann: Es gebe keine guten Gründe, dass Frauen nur sechs Prozent der Mitglieder in den Führungsgremien der Aktiengesellschaften stellen, aber 50 Prozent der Bevölkerung Norwegens, meint der ehemalige norwegische Wirtschaftsminister Ansgar Gabrielsen. Der konservative Politiker sorgte dafür, dass 40 Prozent der norwegischen Aufsichtsratsitze heute Frauen einnehmen – vor fünf Jahren hatten 75 Prozent der norwegischen Unternehmen noch überhaupt keine Frau im Aufsichtsrat. Es sei „peinlich“, dass in einem Land, das so viel für die Gleichberechtigung getan habe, Frauen von Führungspositionen in der Wirtschaft ausgeschlossen bleiben sollten, so Gabrielsen vor dem Rechtsausschuss. Das sei ein „Verlust an Ressourcen sowohl für die Aktiengesellschaften als auch für die Gesellschaft als Ganzes“. Doch die Quote, die für beide Geschlechter gilt, konnte nur mit der Androhung von Sanktionen durchgesetzt werden. Patricia Solaro, Sachverständige der Bayer AG, und Beate Degen von den Wirtschaftsunioren Deutschlands halten eine Quotenregelung schlicht für falsch, wenngleich sie die Förderung von Frauen in Führungspositionen grundsätzlich befürworten. Für Solaro

schränkt die Quote im Aufsichtsrat die Unternehmen zu sehr ein, für Degen sind Maßnahmen wie die Kinderbetreuung und flexible Arbeitszeiten entscheidend, um Frauen in der Privatwirtschaft voranzubringen. In Norwegen seien die Bedingungen für erwerbstätige Eltern und vor allem für Frauen deutlich besser als bei uns, betont Anne Zimmermann, Leiterin des zuständigen Referats beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Für sie führen die bündnisgrünen Vorschläge zu mehr Bürokratie und bauen zusätzliche Hindernisse für Unternehmen auf. Die eigentliche Ursache für die raren Frauen in den Chefetagen sieht Zimmermann in der eingeschränkten Berufswahl von Mädchen sowie in der fehlenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der DGB unterstützt die Erhöhung des Frauenanteils bei den Aufsichtsräten, lehnt aber die vorgeschlagene 40 Prozent-Quote ab. Vielmehr soll sich der Frauenanteil im Unternehmen im Frauenanteil bei den jeweiligen Aufsichtsräten widerspiegeln, schlug der Sachverständige Rainald Thannisch bei der Anhörung vor. Wirtschaft und Gesellschaft könnten in Zeiten von Fachkräftemangel und demographischem Wandel nicht auf gut ausgebildete und hoch qualifizierte Frauen verzichten. Allerdings müsse die größere Repräsentanz von Frauen bei den Aufsichtsräten durch eine nachhaltige mittel- und langfristige Strategie umgesetzt werden, betonte Thannisch. Die von den Bündnisgrünen vorgeschlagene gesetzliche Lösung hält der DGB für nicht durchführbar, die bis 2012 einzuführende Quote für nicht realistisch. Der DGB will jedoch Frauen und Männer entsprechend ihrem Anteil an der Belegschaft bei der Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Aufsichtsratswahl berücksichtigen. Mit seinen Mitgliedsgewerkschaften will er so bis 2012 den Frauenanteil auf der Arbeitnehmerseite weiter erhöhen. Thannisch sieht jedoch vor allem eine „Bringeschuld bei der Kapitaleseite“. Tatsächlich kommt der Frauenanteil bei den

weiter auf Seite 22

Mehr Frauen in den Aufsichtsräten?

Fortsetzung von Seite 21

Aufsichtsräten fast ausschließlich durch die DGB-Vertreterinnen zustande. Laut der Hans-Böckler-Stiftung liegt der Anteil der Frauen bei den Aufsichtsräten der 160 börsennotierten Unternehmen der Indizes DAX 30, MDAX, SDAX und TecDax bei 9,3 Prozent (in den Vorständen sind es 2,5 Prozent), wobei 18,3 Prozent auf der Arbeitnehmerbank Frauen sind, auf der Anteilseignerseite jedoch nur 3,4 Prozent. Der DGB fordert daher von der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex, auf eine freiwillige Erhöhung seitens der Anteilseigner zu dringen. Erzielt der Kodex bis 2012 keine nennenswerte Wirkung, soll der Gesetzgeber dann das Aktiengesetz ändern. Der DGB unterstützt dagegen die Forderung der Grünen, die Zahl der Aufsichtsratsmandate zu begrenzen. Wer mehr als fünf Mandate als Aufsichtsrat habe, könne keine gute Arbeit leisten. Einzige Sachverständige, die Gesetzen und Sanktionen in der vorgeschlagenen Form zustimmt, ist Professor Jutta Glock vom Deutschen Juristinnenbund e.V. (djb): Es sei wissenschaftlich belegt, dass Unternehmen mit mindestens drei Frauen in Führungsgremien größeren wirtschaftlichen Erfolg erzielen. Sie fordert daher, auch die qualitativen Anforderungen an Aufsichtsräte gesetzlich zu verankern. Der djb begrüßt ausdrücklich, dass eine Person künftig maximal fünf Aufsichtsratsmandate übernehmen darf – schon weil deshalb zahlreiche Aufsichtsratsmandate neu vergeben werden müssten und dies eine Chance für geeignete Frauen biete. Die Einrichtung einer zentralen Datenbank, in die sich alle potentiellen Aufsichtsratsmandatsträger/innen eintragen können, unterstützt der djb ebenso. Dieses Anliegen wollte der djb auch mit dem „Frauen-Dinner Corporate Governance“ im Oktober 2007 in Berlin transportieren. Dabei überreichte djb-Präsidentin Jutta Wagner an Dr. Gerhard Cromme, den Vorsitzenden der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex, eine Liste mit 418 in Frage kommenden Frauen.

Sabine Röhrbein

Wiedereinstieg für Ingenieurinnen

♦ Um dem Fachkräftebedarf im Maschinenbau, in der Elektro- und Informationstechnologie entgegenzuwirken, fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung eine Weiterbildungsmaßnahme für Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer. Ingenieurinnen und Ingenieure, die wegen familiärer Verpflichtungen längere Zeit nicht berufstätig waren, können sich gezielt wissenschaftlich weiterbilden, um wieder Anschluss an die technische und wissenschaftliche Entwicklung zu finden und an den derzeit guten Chancen des Arbeitsmarktes teilzuhaben. Das Projekt return2job startet in den Fächern Informatik, Maschinenbau und Elektrotechnik mit einer 15-monatigen Qualifizierung. Es wird anteilig von BMBF und dem Europäischen

Sozialfonds (ESF) finanziert und im Rahmen des Akademikerprogramms der Otto Benecke Stiftung e.V. durchgeführt. Gegliedert in ein kompaktes Fernstudium und ein dreimonatiges Praktikum, vermittelt die Maßnahme aktuelles Fachwissen, überfachliche Qualifikationen und Kontakte zu potenziellen Arbeitgebern. 30 Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer erhalten so über ein Auswahlverfahren im Juli die Chance, an dieser im September 2008 startenden Studienergänzung teilzunehmen. Das Projekt wird mit rund 410.000 Euro gefördert.

Nähere Auskünfte erhalten Interessierte bei der Otto Benecke Stiftung e.V., Ansprechpartnerin ist Ulrike Anheier-Peez, Telefon: 0228/8163-224, EMail: Ulrike.Anheier-Peez@obs-ev.de, Internet: www.obs-ev.de

Bündnisgrüne Feminismus-Konferenz

♦ Seit 100 Jahren können sich Frauen in Deutschland in Parteien politisch engagieren, vor 90 Jahren erhielten sie das Wahlrecht. Inzwischen ist die rechtliche Gleichberechtigung erreicht, diskriminierende Gesetze sind abgeschafft. Und jetzt ist es höchste Zeit, auch die faktische Gleichberechtigung durchzusetzen. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen lädt deshalb am 4. und 5. Juli 2008 zum Frauenkongress „Weiter geht's! Feminismus für die neue Zeit“ nach Berlin ein. Warum kommen Frauen immer noch nicht überall hin, wie ist das zu ändern, und welche BündnispartnerInnen brauchen wir dafür? Brauchen wir einen neuen Feminismus oder einen Feminismus für die neue Zeit? Arbeitswelt, Privatleben, Politik – wo können wir ansetzen, um Rollenbilder zu verändern und eine neue Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zu erreichen? Diesen Fragen und mehr wollen die grünen Frauen nachgehen und den Blick nach vorne richten und neue Impulse für die Frauenpolitik geben. In Podiumsdiskussionen und Workshops sollen der aktuelle Stand der Gleichstellung bilanziert und diskutiert werden, was

jetzt zu tun ist. Der Kongress beginnt mit einem Generationengespräch, in dem vier Frauengenerationen über die Bedeutung des Feminismus und die aktuelle Situation für Frauen debattieren. Am Samstag bieten thematische Arbeitsgruppen die Gelegenheit, Fragen zu vertiefen, grüne Konzepte kennen zu lernen und neue Ideen zu entwickeln.

Anlässlich des 90-jährigen Jubiläums des Frauenwahlrechts in Deutschland wird parallel zum Kongress der deutsche Teil der Ausstellung „Mit Macht zur Wahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa“ des Frauenmuseums Bonn gezeigt. Vorgestellt werden wichtige Frauenrechtlerinnen und die Diskussion um das Frauenwahlrecht in Deutschland.

Infos zur Konferenz der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und namentliche Anmeldung bis zum 30. Juni (erforderlich mit Angabe des Geburtsdatums) in der Terminleiste unter www.gruene-bundestag.de im Internet. Auch eine Online-Anmeldung ist dort möglich.

Mehr Verbraucherschutz bei Schönheits-OPs von Mechthild Rawert, MdB

♦ „Missbräuche im Bereich der Schönheitsoperationen gezielt verhindern – Verbraucher umfassend schützen“ lautet der Koalitionsantrag im Bundestag (Drucksache 16/6779), den Verbände und medizinische Fachgesellschaften anlässlich einer Anhörung zu den nicht medizinisch indizierten Schönheitsoperationen vor dem Gesundheitsausschuss Ende April begrüßten. Etwa eine Million Schönheits-OPs werden jährlich durchgeführt – Tendenz steigend. Hintergrund ist ein in der Gesellschaft zunehmender Jugend- und Schönheitswahn. Der gesunde Körper wird zur Modelliermasse, suggeriert wird vor allem Jugendlichen Glück und Erfolg. „Höhepunkte“ sind derzeit Botox-Parties und der für Juli angekündigte „Tabubruch“, wo sich eine 44-jährige Schauspielerin in einem Privatsender vor laufender Kamera einer „Grundrenovierung“ von den Zähnen über Facelifting bis hin zum Fettabsaugen unterziehen will. Wenig bekannt ist, dass nicht nur Brustoperationen, sondern auch das Fettabsaugen oder Botox-Spritzen mit körperlichen Risiken wie starken Schmerzen, Wundheilungsstörungen, verstärkter Narbenbildung und Kreislaufproblemen verbunden sein können. Viele Operationen bringen nicht nur nicht das erwünschte Ergebnis, sondern stattdessen gesundheitliche Beeinträchtigungen.

Wir ParlamentarierInnen haben die Bundesregierung aufgefordert, berufsrechtliche und sonstige Verbotsmöglichkeiten nicht medizinisch indizierter Schönheitsoperationen an Minderjährigen zu prüfen. Angesichts der lukrativen Schönheitsbranche appellieren wir an die Länder, die Überwachungsbehörden für die Berufsausübung anzuhalten, dass nur entsprechend qualifizierte Personen schönheitschirurgische Eingriffe vornehmen dürfen. Es ist auch standesrechtlich äußerst problematisch, dass ÄrztInnen auch ohne entsprechende Weiterbildung operieren. Wir verlangen daher von der ärztlichen Selbstverwaltung einen Wegweiser für PatientInnen, der helfen soll, eine Qualitätsauswahl unter den Anbietern

zu treffen, um so zumindest die unerwünschten Komplikationen solcher OPs zu minimieren.

Eine umfassende und sachgerechte Aufklärung zur Vermeidung von Missbräuchen bei Schönheitsoperationen fordert auch Brunhilde Raiser, die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates. Der Gesetzgeber sollte den Handlungsrahmen für nicht medizinisch indizierte Operationen durch transparente und verbindliche Qualitätsanforderungen sowohl an die Ärzteschaft als auch an die Kliniken gestalten. Notwendig seien nachvollziehbare verbindliche Beratungs- und Behandlungsschritte, die notfalls auch vor Gericht Sicherheit bieten. Neben dem ärztlichem Beratungsgespräch sollte im Vorfeld eine unabhängige Beratung über mögliche Folgen aufklären und Kontrolluntersuchungen nach der Operation müssten fester Bestandteil des Behandlungsplanes sein. Gesetzgeberische Maßnahmen allein reichen nicht: Innerhalb der Gesellschaft müsse ein breiter gesellschaftlicher Diskurs über Schönheitsideale und damit über Sinn und Unsinn solcher Eingriffe geführt werden. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) unterstützt unsere Initiative und verweist auf bestehende Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen vorrangig ästhetischen und medizinisch notwendigen Eingriffen. Eine aktuelle Online-Umfrage der Stiftung Warentest zur Zufriedenheit von PatientInnen (test 2/2008 Schöne Besserung) ergab, dass jede/r Vierte mit dem Resultat unzufrieden war. Jede/r Fünfte wollte die Operation nicht noch einmal oder nicht mehr beim selben Arzt durchführen lassen. Bemängelt wurde: eine suggestive Beratung zum Behandlungserfolg, lückenhafte Voruntersuchungen, hohe Rate ambulanter Eingriffe auch bei Brustoperationen und Fettabsaugen trotz der Gefahr von Nachblutungen. Jede/r Zehnte erhielt vor der Operation keinen schriftlichen Vertrag. Hierbei handelt es sich laut vzbv um einen klaren Rechtsverstoß.

Stellungnahmen unter www.vzbv.de und www.frauenrat.de sowie bei www.mechthild-rawert.de

Partnerschaftliche Erziehungsarbeit

♦ Eine familiengerechte und partnerschaftliche Teilung der Erziehungsarbeit hat der Deutsche Frauenrat (DF) mit Blick auf die anstehende Änderung des Bundeselterngeld- und Eltern Erziehungszeitengesetzes (BEEG) gefordert. „Eine Stärkung der Option ‚Partnerschaftliche Teilung der Erziehungsarbeit bei gleichzeitiger Erwerbsarbeit‘ wäre insbesondere unter gleichstellungspolitischen Aspekten ein echter Fortschritt, da das ‚Ausfallrisiko‘ des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin im Zusammenhang mit Kindererziehung gleichmäßig auf beide Geschlechter verteilt würde“, so die Stellungnahme zum Referentenentwurf. „Damit könnte ein immer noch spürbares Einstellungshindernis junger (gebärfähiger) Frauen entscheidend entschärft werden.“ Der DF fordert, dass beide Elternteile bei Teilzeitarbeit in der Elternzeit zusammen 14 Monate jeweils anteiliges Elterngeld beziehen können müssten. Hier verlangt er Nachbesserungen, begrüßt jedoch auch andere Neuregelungen, wie zum Beispiel die Mindestbezugsdauer des Elterngeldes von zwei Monaten, die dem DF „mit Blick auf die Durchsetzbarkeit des vollen Anspruchs gegenüber dem Arbeitgeber/der Arbeitgeberin sinnvoll“ erscheint.

Vorlesung mit Kind einfach zu Hause verfolgen

♦ Der Pilotversuch zum Projekt „Mutter-Kind-Uni“ ist erfolgreich im communicate Executive MBA-Programm der Technischen Universität München gestartet: Dabei sollen moderne Aufzeichnungstechniken Studentinnen mit Kind ermöglichen, Vorlesungen inklusive aller Präsentationsunterlagen via DSL von zuhause aus zu verfolgen - wann immer ihnen das Kind Zeit dazu lässt. Eine Studentin, selbst seit kurzem Mutter, hatte das Konzept der „Mutter-Kind-Uni“ nach Abschluss ihres Soziologie-Studiums entwickelt. Der 15-monatige MBA-Studiengang richtet sich an Führungs- und Nachwuchsführungskräfte und vermittelt General Management-Kenntnisse.

Internet-Info: www.communicate-program.de

Hierarchie beim Kampf gegen Diskriminierung?

♦ „Es ist ein gutes Zeichen, dass der Bericht deutlich angenommen wurde. Antidiskriminierungspolitik umfasst alle Kriterien aus Artikel 13 und muss auch Mehrfachdiskriminierungen endlich zur Kenntnis nehmen. Antidiskriminierungspolitik ist nur dann glaubwürdig, wenn sie nicht selbst diskriminiert“, kommentierte die SPD-Europaabgeordnete Lissy Gröner die Abstimmung des Fortschrittsberichts zur Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung in der EU im Europaparlament am 20. Mai. Der Bericht wurde mit einer Mehrheit von 362 Stimmen quer durch alle Fraktionen angenommen, gegen 262 Stimmen mehrheitlich von EVP und den deutschen Liberalen. „Gerade die deutschen Konservativen sind bei ihrer Ablehnung geblieben und stellen somit klar, dass sie die Werte und Grundsätze der Union nur in Sonntagsreden vertreten wollen. Sie wollen keine echte Gleichbehandlung“, betont die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPE im EU-Parlament.

„Die Ablehnung dieser Politik von Seiten der Wirtschaft kann nicht länger geduldet werden. Moderne Unternehmen setzen in ihrem eigenen Interes-

se schon lange auf Antidiskriminierungspolitik, weil Diskriminierung Geld kostet. Diese Erkenntnis allerdings hat sich bis zu den Unternehmensverbänden noch nicht durch gesprochen“, so Lissy Gröner. Für sie ist klar: Mit dem Abstimmungsergebnis wurde deutlich, dass Menschenrechte in Europa unteilbar sind und es im Europäischen Parlament keine Mehrheiten für Diskriminierung und Hierarchisierung von Diskriminierung gibt. Die EU-Kommission habe jetzt einen klaren Arbeitsauftrag für eine umfassende Antidiskriminierungsrichtlinie, so Gröner.

Hintergrund ist, dass die Kommission voraussichtlich im Juni einen Vorschlag für eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegen wird. Diese soll jedoch nicht alle Arten der Diskriminierungen aus Artikel 13 des Amsterdamer Vertrags umfassen, sondern nur die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen bekämpfen. In einem offenen Brief hat die Europaabgeordnete Lissy Gröner gemeinsam mit der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe für Gay and Lesbian Rights die Mitglieder des Bundestages, die Sozialpartner und Vertreter der Zivilgesellschaft aufgefor-

dert, sich für eine Aufnahme aller Diskriminierungsgründe in die neue EU-Richtlinie einzusetzen.

Bei seinem Amtsantritt im Jahr 2004 hatte der Präsident der Europäischen Kommission angekündigt, eine horizontale Richtlinie zur Bekämpfung aller Arten der Diskriminierung auf den Weg zu bringen. Mit dieser Ansage stimmte das Europäische Parlament der Wahl Barrosos als Kommissionspräsident zu. „Die Kommission bricht ihr Versprechen, wenn sie jetzt neben dem Diskriminierungsgrund Rassismus eine Abstufung zu Behinderung und den restlichen Artikel 13 Kriterien vorschlägt. Dies ist vollkommen inakzeptabel“, kritisiert Lissy Gröner die Pläne, die nach Widerständen aus Wirtschaftsverbänden entstanden waren. „Die neue horizontale Antidiskriminierungsrichtlinie muss unbedingt alle Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung umfassen und darf nicht erneut diskriminieren“, fordert sie die Kommission auf, ihre ursprüngliche Planung einer umfassenden Gesetzgebung beizubehalten.

Quote gegen Frauen

♦ Die Behörden in Teheran haben eine Geschlechterquote für zahlreiche Studiengänge an den iranischen Hochschulen eingeführt. Hintergrund für diese Entscheidung sind die stetig anwachsenden Studentinnenzahlen in den Fächern Medizin sowie den Ingenieurs- und Humanwissenschaften. Letztlich soll so sichergestellt werden, dass die Frauen nicht den männlichen Kommilitonen die Studienplätze wegnehmen. Die Einführung der Quote wird daher als eine neue Entrechtung der iranischen Frauen gewertet. Künftig sollen je 30 Prozent der Studienplätze der genannten Fakultäten nach dem Geschlecht der Bewerber vergeben werden, der Rest nach der Befähigung der Kandidaten. Bislang mussten die Bewerber ein Zulassungsverfahren überstehen, bei dem allein ihre fachlichen Kenntnisse eine Rolle spielten.

Angriff auf die Würde der Frau

♦ Alle 20 Sekunden stirbt weltweit ein Kind an den Folgen einer Krankheit, die durch mangelhafte Hygiene, verschmutztes Wasser oder mit Fäkalkeimen verunreinigte Nahrung verursacht wird. Damit tötet Hygienemangel weltweit mehr Kinder als HIV/AIDS. Darauf hat die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Karin Kortmann, anlässlich des Weltwassertages am 22. März und des Internationalen Jahres der Sanitärversorgung 2008 hingewiesen. 80 Prozent aller Durchfallkrankheiten in Entwicklungsländern werden durch schlechte hygienische Verhältnisse verursacht. „Obwohl dieses Problem eines der wichtigsten Hindernisse für soziale und wirtschaftliche Entwicklung ist, wird es immer noch zu häufig unterschätzt.“ Kortmann betonte, dass

die sanitären Verhältnisse in vielen Ländern noch immer einem Angriff auf die Würde der Frauen und Mädchen gleichkämen: „Wo Toiletten fehlen, sind Frauen und Mädchen besonders benachteiligt. In einigen Ländern verlassen zehn Prozent der Mädchen die Schule, wenn sie in das Menstruationsalter kommen, weil es in den Schulen entweder keine oder keine für Jungen und Mädchen getrennten Toiletten gibt.“ Frauen und Mädchen könnten sich oft erst in der Dunkelheit hinter einem Busch oder am Straßenrand erleichtern und seien dann vielfach Übergriffen ausgesetzt. „Eine bessere Sanitärversorgung bedeutet ganz konkret mehr Schutz für Frauen und einen großen Schritt zur sozialen Entwicklung, weil sie zur mehr Chancengleichheit von Arm und Reich, aber auch von Frau und Mann beiträgt“, sagte Kortmann.

Initiative für umfassenden Diskriminierungsschutz

♦ Für die Gleichbehandlung in der EU auch außerhalb des Arbeitsmarktes setzt sich der Deutsche Frauenrat (DF) gemeinsam mit anderen Nichtregierungsorganisationen ein. In einem Brief hat er jetzt den Präsidenten der EU-Kommission José Manuel Barroso aufgefordert, an seiner geplanten Ausweitung der Antidiskriminierungsrichtlinie festzuhalten. Einer der größten Gegner dieser Ausweitung ist Deutschland. Obwohl das deutsche Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bereits die von der EU geplanten Ergänzungen beinhaltet, blockiert die deutsche Regierung die

EU-Pläne zu einer umfassenderen Gleichstellung in ganz Europa (siehe auch den Beitrag auf Seite 24). In der EU-Ergänzung soll der Tatbestand der Diskriminierung aufgrund des Alters, der Behinderung, der Religion, der Weltanschauung, der ethnischen Herkunft und der sexuellen Ausrichtung auch außerhalb des Arbeitslebens gelten. Das gilt zwar auch im deutschen Recht, aber derzeit gibt es noch eine Fülle von Ausnahmen in diesem Bereich. Würde die EU nun diese Ergänzungen zu geltendem Recht machen, müsste auch die Bundesregierung das von der

Union ungeliebte AGG nachbessern und die Ausnahmen aufheben.

Am 20. Mai hatte sich das Europäische Parlament mit Mehrheit dafür ausgesprochen, die Richtlinie in Gänze zu erweitern. Anfang Juli will die Kommission nun ihr Ergebnis öffentlich machen. Zahlreiche Proteste haben den bisher favorisierten Termin am 11. Juni verzögert.

Internet-Infos: www.europarl.europa.eu, www.frauenrat.de, www.eu-anti-diskriminierung.de

Sportliche Leistung wird unterschiedlich honoriert

EU-Kommission kann vorerst nichts tun

♦ Die Fußball-Weltmeisterinnen verdienen lange nicht so viel wie ihre männlichen Kollegen. Tatsächlich liegen die Prämien für die Europameisterschaft 2008 um ein Vielfaches höher als die zur Frauen-WM 2007. Bis zu 250.000 Euro bekommt jeder Nationalspieler für den Titel, fünfmal soviel wie die Weltmeister-Frauen für ihren. Das stellt der Deutsche Frauenrat (DF) in Auswertung einer Anfrage der Europabgeordneten Hiltrud Breyer (Bündnis 90/Die Grünen) fest. „Diskriminierung aufgrund des Geschlechts findet auch im Leistungssport statt“, so Breyers Fazit, die wissen wollte, was die EU gegen solche Diskriminierung zu tun gedenke. Sportliche Aktivitäten unterlägen zwar grundsätzlich dem EU-Recht, aber die EU könne nicht „in die individuelle Vertragsgestaltung von SportlerInnen eingreifen“, heißt es in der Antwort. Das sei ein „Offenbarungseid“, so Breyer. „Es ist unverständlich, warum die EU-Kommission auf der einen Seite klarstellt, dass Sport unter EU-Recht fällt, andererseits die Diskriminierung bei den Gehältern im Sport nicht klar ächten will.“

Der Kommission sei bekannt, dass weibliche und männliche Profisportler oft sehr unterschiedliche Gehälter beziehen“, so die Kommission in ihrer Antwort. „Dieser Umstand ist Teil des so genannten ‚gender pay gap‘, näm-

lich des geschlechtsspezifischen Einkommensunterschieds, der in der EU etwa 15 Prozent beträgt. Die Kommission hat dazu in ihrem ‚Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006-2010‘ ausgeführt, dass die Ursachen dieses sich hartnäckig haltenden Zustands direkte Diskriminierung und strukturelle Ungleichheiten sind“, heißt es wörtlich. Im Bereich des Sports setze sich die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern auch im Bereich des Sponsoring, der Unterstützung durch Stipendien, der Teilnahmeanfragen und den Leitungspositionen in Sportorganisationen fort. „In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass die Turnierleitung für die Tennis-Turniere in Wimbledon im Jahr 2007 erstmals angekündigt hat, dass es gleiche Preisgelder an Frauen und Männer zahlen werde“, so die Information. Allerdings verfüge die Kommission nicht über Zahlen zum Ausmaß der Lohnungleichheit im Sport. Dazu existiere lediglich der statistische Überblick, den der Structure of Earnings Survey verschaffe, der jedoch keine exakten Angaben zur Eingruppierung der Berufe enthalte. „Im ‚Weißbuch Sport‘ hat die Kommission festgestellt, dass sportliche Aktivitäten grundsätzlich dem EU-Recht unterliegen. Dies wird im Hinblick auf Wettbewerbs- und Binnen-

marktvorschriften erörtert, die für den Sport insofern gelten, als er eine wirtschaftliche Tätigkeit darstellen kann. Außerdem wird klargestellt, dass die Bestimmungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Beschäftigung gelten“, führt die Kommission en detail aus. „Im Einzelnen bestehen jedoch viele rechtliche Unklarheiten hinsichtlich der Qualifizierung der Arbeitsverträge, Gehälter Preisgelder, etc. Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften hat bisher noch nicht zu einer Frage der ungleichen Gehälter, Preisgelder, etc von Frauen und Männern im Bereich des Sports Stellung genommen.“ So gesehen könne die EU-Kommission nicht in die individuelle Vertragsgestaltung von SportlerInnen und Sportlern eingreifen. „Im Bereich Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern überprüft die Kommission in erster Linie die Umsetzung der EU-Richtlinien in nationales Recht. Soweit die Richtlinien von den Mitgliedstaaten korrekt umgesetzt worden sind, bleibt es im Prinzip dem Einzelnen überlassen, den im nationalen Recht vorgesehenen Rechtsweg zu beschreiten und eventuelle Verstöße vor den nationalen Gerichten anzufechten.“ Bleibt zu hoffen, dass sich SpitzensportlerInnen finden, die vielleicht sogar unterstützt von ihren Vereinen vor Gericht ziehen.

KDFB Berlin lädt ein

♦ Der Vorstand des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) Berlin lädt am Mittwoch, dem 9. Juli, zum diesjährigen Bundesfest ins Helene-Weber-Haus, Wundtstraße 40-44 in 14057 Berlin-Charlottenburg, ein. Beginn ist um 18 Uhr mit der Heiligen Messe, die Domprobst Dr. Stefan Dybowski liest. Um 19 Uhr schließt sich der Festvortrag „Die Zukunft der Kirche ist weiblich – Gedanken zu Entwicklungen in der evangelischen Kirche“ von Pröpstin Friederike von Kirchbach an. Das Bundesfest klingt mit einem Imbiss aus. Anmeldungen unter 321 50 21 sind erbeten.

Mehr Infos zu den KDFB-Veranstaltungen sind unter www.kdfb-berlin.de zu finden.

LFR-Vorstandswahl in Sachsen-Anhalt

♦ Ende März hat der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V., Dachverband von 34 überregional aktiven Frauenverbänden und -vereinen, einen neuen Vorstand gewählt. Dabei wurde die bisherige Vorsitzende Ute Fischer (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen) sowie die Stellvertretende Vorsitzende Heidemarie Werner (Deutscher Beamtenbund) in ihren Ämtern bestätigt. Zur neuen Schatzmeisterin wurde die Vertreterin des Arbeitskreises Magdeburger Unternehmerinnen, Staatssekretärin a. D. Carmen Niebergall, ebenso gewählt wie sechs Beisitzerinnen. Neben einer politischen Rede des Innenministers Hövelmann und zahlreichen inhaltlichen Anträgen standen Diskussionen zu drohenden Finanzkürzungen im Mittelpunkt der Versammlung. „Unsere Verbände brauchen Planungssicherheit“, erklärte dazu die LFR-Vorsitzende. „Das Land kann nicht 120prozentigen Einsatz verlangen und nur 90 Prozent des ausgehandelten Geldes zahlen. So werden in das ohnehin schon dünner gewordene Netz der Antigewaltarbeit immer größere Löcher gerissen“. Bei der Versammlung signalisierte die Landesbeauftragte für Frauen und Gleichstellungspolitik zumindest bei den Interventionsstellen, Frauenhäusern und Frauenzentren eine 100prozentige Mittelfreigabe.

20 Jahre EWMD - 20 Jahre Leidenschaft

♦ In festlicher Stimmung fanden sich am 21. April im Goldenen Saal des Rathauses Schöneberg ungefähr 95 EWMD-Mitgliedsfrauen und Gäste ein, um das 20-jährige Bestehen des EWMD in Berlin (und später Berlin-Brandenburg) zu feiern. Unter den Anwesenden waren die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert und die Bürgermeisterin und Justizsenatorin a.D. Karin Schubert.

Nach fröhlich-leichter Musik, die das Duo Muzet-Royal beim Hereinkommen zu Gehör brachte, und der Begrüßung durch Vorstandssprecherin Linda Granat-Flügge überbrachte Kris Hauf herzliche Grüße und Glückwünsche vom Deutschland-Vorstand. Fazit ihrer kurzen Ansprache, in der sie sich auch an ihre eigenen ersten Erfahrungen im EWMD erinnerte, war ein kraftvolles „Weiter so!“. Danach gab es einen kurzen Abriss der Geschichte des Berliner EWMD, den Gisela Brokamp (von Anfang an dabei und seit vielen Jahren im Vorstand aktiv), Linda Granat-Flügge und Anke Domscheit in die Kapitel „gestern - heute - morgen“ aufteilten. Sie berichteten mit viel Humor und Leidenschaft über die ersten Jahre des EWMD in Berlin-Brandenburg, über Aktionen und Projekte und auch sehr persönliche Erlebnisse, in denen sie das EWMD-Netzwerk als hilfreich für ihre berufliche Weiterentwicklung erlebt hatten.

Der Festvortrag von Bascha Mika, Honorarprofessorin an der Universität der Künste und Chefredakteurin der Tageszeitung taz, war das Highlight des

Abends. Frau Mika sprach über Frau-Sein heute, über die Stolpersteine, die sich frau in ihrer Karriere gerne selbst in den Weg legt, und über den Mut und die Leidenschaft, die von Nöten sind, wenn frau im beruflichen und familiären Alltag erfolgreich und zugleich glücklich sein will. Als Frau Mikas Stimme wegen der trockenen Luft zu versagen drohte und auch das bereitgestellte Wasser nicht zu helfen schien, wurden schnell Halsbonbons nach vorne gereicht, damit nur ja jedes Wort ihres witzigen, erhellenden und motivierenden Vortrages gesprochen und gehört werden konnte. Während der anschließenden musikalischen Einlage der beiden jungen Frauen von Muzet-Royal hallte noch so manches davon im Innern nach. Und dann war es endlich soweit: Die Festtagstorte wurde angeschnitten und Linda Granat eröffnete das Buffet. Dieses war vom Café Seidenfaden zubereitet worden (ein Verein zur Hilfe sucht mittelabhängiger Frauen) und bot lukullische Köstlichkeiten, die toll aussahen, super schmeckten und auch noch richtig gesund waren. Bei Speis und Trank ist gut Netzwerken - diese Gelegenheit nutzten die Anwesenden auch gern bis gegen 22.30 Uhr. Es wurde erzählt und gelacht, neue Kontakte wurden geknüpft, manch alter wieder aufgefrischt. Und nach einem langen wundervollen Abend sehen wir nun gespannt und tatenfroh den nächsten 20 Jahren EWMD in Berlin-Brandenburg entgegen.

Linda Granat

BPW bereitet Verbandsquiz vor

♦ Anlässlich des diesjährigen Internationalen Kongresses „Get fit for International Business and Professional Women“ in Mexiko beschäftigt sich die AG International des BPW derzeit mit der Frage, was es eigentlich bedeutet, Mitglied in einem der weltweit größten und einflussreichsten Frauennetzwerke zu sein. Dazu wird jetzt ein Quiz vorbereitet, bei sich am Samstag, dem 20. September 2008, die BPW-Aktiven ab 15 Uhr in ihrem Verbandswissen messen. Die Themen der einzelnen Runden sind

die Geschichte und Kultur des BPW, die Gremien und Einflussmöglichkeiten auf UN- und EU-Ebene sowie internationale Netzwerken und interkulturelle Skills. In Kurzvorträgen werden die richtigen Antworten erläutert. Die Siegerin kann 2009 kostenfrei an einem IDP Leadership Training in Berlin teilnehmen.

Infos und Anmeldung per Email an international@bpw-berlin.de sowie auf www.bpw-berlin.de im Internet.



Angelika Schrobsdorff geehrt

♦ Der Deutsche Staatsbürgerinnen-Verband hat im Frauenmonat März die Schriftstellerin Angelika Schrobsdorff als „Frau des Jahres 2007“ ausgezeichnet. Bei der Festveranstaltung im Abgeordnetenhaus überbrachte die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen die Gratulation des LandesFrauenRates Berlin. „Wir ehren Frau Angelika Schrobsdorff für ihr schriftstellerisches Gesamtwerk, in dem sie den Zeitgeist verschiedener Abschnitte der jüngeren Geschichte lebensnah gradlinig darstellt und uns damit und dies besonders mit ihrem Buch ‚Du bist nicht so wie andere Mütter‘ zeitgeschichtliche Dokumentationen und eine tiefgreifende, berührende Beschreibung ihrer Familiengeschichte und ihres persönlichen Lebensweges präsentiert“, betont der Staatsbürgerinnen-Verband. Angelika Schrobsdorff wurde 1927 in Freiburg im Breisgau geboren. Ihre Mutter war eine assimilierte Jüdin, der

Vater entstammte dem Berliner Großbürgertum. Sie wuchs in Berlin auf und flüchtete mit ihrer Mutter und ihren Geschwistern 1938 nach Bulgarien, wo sie bis zum Ende des Krieges blieb. Ihre Großeltern wurden in Theresienstadt ermordet. Nach dem Krieg ging sie nach München und veröffentlichte 1961 ihren ersten Roman, „Die Herren“, der wegen seiner Freizügigkeit für Aufruhr sorgte. Ab Beginn der 1970er-Jahre lebte sie mit ihrem dritten Ehemann Claude Lanzmann in Paris, bevor sie 1983 nach Jerusalem übersiedelte. Angelika Schrobsdorff hat zahlreiche Romane veröffentlicht, darunter ihren größten Erfolg „Du bist nicht so wie andere Mütter“. In ihren zumeist autobiographischen Büchern gibt Schrobsdorff tiefe Einblicke in ihr Leben und die Lage im Heiligen Land. Es sind Notizen aus einem zerrissenen Land und aus einem zerrissenen Leben. Sie lebt heute wieder in Berlin.

35 Jahre Bayerischer Landesfrauenausschuss

♦ „Markenzeichen des Bayerischen Landesfrauenausschusses war von jeher seine Unabhängigkeit. Der Ausschuss bündelt Fraueninteressen und setzt sich mit vereinten Kräften für die Verbesserung der Situation von Frauen ein. Selbst bei umstrittenen und kontrovers diskutierten Themen haben Sie stets den gemeinsamen Nenner gefunden.“ Mit diesen Worten gratulierte Bayerns Frauenministerin Christa Stewens (CSU), die zugleich Frauenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung ist, dem Bayerischen Landesfrauenausschuss (BayLFA), am 15. April in München zum 35. Geburtstag des Dachverbandes. „Die ‚Nagelprobe‘ dieses Gremiums waren die Empfehlungen zum § 218 StGB, die letztlich einvernehmlich beschlossen wurden und auch in das Bayerische Beratungsgesetz eingegangen sind“, so Stewens. Bei dem Festakt in Schloss Nymphenburg standen die Entwicklung der Frauenrechtsbewegung und die Meilensteine auf dem Weg zur Gleichberechtigung im Mittelpunkt: „Für junge Frauengenerationen ist heute kaum mehr vorstellbar, dass Frauen

ohne Einverständnis ihres Mannes nicht erwerbstätig sein konnten. Mit unseren Partnerschaftsvorstellungen ist diese Rolle als Bittstellerin nicht mehr vereinbar. Dabei wurde diese Regelung erst 1977 zu Fall gebracht“, so der BauLFA in der Rückschau. „Frauen haben heute sogar einen Bildungsvorsprung gegenüber Männern. Gleichwohl ist die Forderung ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ uneingelöst“, betonen die Aktiven. „Der demografische Wandel führt dazu, dass gut ausgebildete Mitarbeiter bereits ab 2010 Mangelware sein werden. Die Wirtschaft muss ihren Beitrag leisten, Arbeitsplätze beispielsweise familienfreundlicher zu gestalten. Unsere Gesellschaft braucht die Frauen“, so das Fazit. „Frauenpolitik hat daher nichts an Aktualität eingebüßt“, waren sich Frauenministerin Stewens und die Europaabgeordnete Doris Pack einig, die eine Bilanz bedeutsamer Entwicklungen in der europäischen Gesetzgebung und Rechtsprechung zog. Weitere Rednerin war die Berliner Rechtsanwältin und Autorin Seyran Ates. **Infos unter www.stmas.bayern.de/frauen/ausschuss im Internet.**

Kostenübernahme für HPV-Impfung

♦ Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Saarlouis ist die strikte Altersgrenze von 17 Jahren für die Gewährung von Beihilfen zur HPV-Schutzimpfung (Gebärmutterhalskrebs) nicht ohne Übergangsregelung rechters. Darauf hat die dbb-Frauenvertretung aufmerksam gemacht. Im konkreten Fall war einem Kläger die Beihilfe für die Impfung seiner 18-jährigen Tochter von der zentralen Beihilfestelle verweigert worden. Zwar gestanden die Richter dem Dienstherrn grundsätzlich die Festlegung einer Altersgrenze für die Durchführung der Impfung zu. Allerdings habe die Beihilfestelle nicht berücksichtigt, dass es sich um eine neue Impfmethode handelt. So hätte es zumindest eine Übergangsregelung geben müssen, damit sich die über 17-Jährigen auf die neue Situation einstellen können. Da es eine solche nicht gab, mussten im verhandelten Fall die entsprechenden Aufwendungen von der Beihilfestelle übernommen werden. Zum Hintergrund: In Deutschland erkranken jährlich etwa 6.500 Frauen an Gebärmutterhalskrebs, der zum Teil von Humanen Papillomviren (HPV) verursacht wird. Seit 2007 sind hierzulande Impfstoffe gegen HPV zugelassen, die Ständige Impfkommision (STIKO), empfiehlt, dass sich zwölf- bis 17-jährige Mädchen gegen HPV impfen lassen sollen. Eine Impfung kann nur dann erfolgen, wenn noch keine Infektion vorliegt, die unter anderem durch sexuelle Kontakte erfolgen kann. Deshalb hat sich die STIKO zu der Altersbeschränkung entschlossen - mit Folgen für die Frauen: Die privaten und gesetzlichen Krankenkassen und auch die Beihilfe ersetzen in der Regel nur Kosten für Impfungen, die von der Impfkommision empfohlen werden. Für Patientinnen bis zum Alter von 26 Jahren übernehmen bislang nur fünf gesetzliche Krankenkassen die Kosten. **Infos zur HPV-Impfung beim Feministischen Frauengesundheitszentrum unter www.ffgz.de im Internet.**

Durchwahl zum LFR
030/785 70 10

Junge Mütter in armen Bundesländern

♦ Je schlechter die wirtschaftliche Lage in einem Bundesland ist, desto früher bekommen die Frauen Kinder. Zu dieser Erkenntnis gelangte das Bremer Institut für Arbeit und Jugend (BIAJ), das die Statistiken zum neuen Elterngeld ausgewertet hat. Das Phänomen ist sonst nur aus Entwicklungsländern bekannt, gilt aber relativ eindeutig auch für die deutschen Bundesländer: Im wohlhabenden Baden-Württemberg waren 14,5 Prozent der Frauen, die 2007 Elterngeld bean-

tragten, unter 25 Jahren alt, in Bayern waren es 15 Prozent. Im ärmeren Saarland entfielen jedoch knapp 21 Prozent, in Bremen gar 23,3 Prozent auf diese Altersgruppe. Auch die Höhe des ausgezahlten Elterngeldes hängt damit zusammen: In Bayern erhielt gut ein Viertel der Mütter den Mindestbetrag von 300 Euro im Monat, in Bremen waren es hingegen 42,5 Prozent. Offenbar hatten viele Bremer Mütter zuvor keine Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit.

Podiumsdiskussion... am 24. Juni um 19.30 Uhr zum Thema „Welche Zukunft hat der Feminismus?“ im Instituto Cervantes, Rosenstraße 18-19, 10178 Berlin, unter anderem mit der Präsidentin des Instituto de la Mujer aus Madrid, Rosa Ma Peris Cervera, und djv-Präsidentin Jutta Wagner.

Sommerkonzert... des Konzertchors Friedenau des Nachbarschaftsheims Schöneberg am 5. Juli mit Werken von Johannes Brahms im Rathaus Schöneberg. Konzertbeginn um 19.30 Uhr, Kassenöffnung um 18.30 Uhr. Karten 9 Euro, ermäßigt 7 Euro. Für Kinder bis 12 Jahre ist der Eintritt frei.

Aktuelle Termine auf www.lfr-berlin.de

GM-Fachtagung der dbb frauenvertretung

♦ Zur Frauenpolitischen Fachtagung „Gender Mainstreaming – Umsetzung in Bund und Ländern“ lädt am 23. Juni die dbb bundesfrauenvertretung in der Zeit von 10 bis 16 Uhr ins dbb forum berlin ein. Die Fachtagung soll dazu dienen, den derzeitigen Stand der Umsetzung des GM-Prinzips auf Bundes- und Länderebene auszuloten. Mit der auf dem Gewerkschaftstag 2008 in Berlin vom dbb beschlossenen Satzungsänderung hat sich auch der dbb verpflichtet, dieses Prinzip als Leitmotiv seiner Handlungsweise zu betrachten. Den Auftakt macht am Vormittag eine ausgewiesene Expertin für Gleichstellung: Eva-Maria Welskop-Deffaa leitet die Abteilung Gleichstellung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Es werden sich zwei Fachreferate von ausgewiesenen Expertinnen anschließen: Sandra Lewalter ist Referentin am GenderKompetenzZentrum und doziert über das Thema „Gleichstellung“ an der Humboldt-Universität Berlin, Dr. Karin Tondorf ist Expertin auf dem Gebiet der Gleichstellung und der leistungsabhängigen Entgeltendifferenzierung. Bei einer Po-

diumsdiskussion wird es nachmittags unter dem Titel „Der öffentliche Dienst und seine privatisierten Bereiche: Rollen und Chancen – gleich – ungleich – gerecht“ um Erfahrungen und Erwartungen gehen. An der Diskussion wird Isolde Hofmann, Leiterin des Leitungsstabes und Landesbeauftragte für Gleichstellung und Frauenpolitik des Ministeriums für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt teilnehmen. Sie diskutiert mit der Landessozialpfarrerin Sigrid Reihls vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und Andrea Reinke, die eine Kindertagesstätte in Augsburg leitet. Der Debatte stellen sich auch René Pfister, Journalist beim „Spiegel“. Die Podiumsdiskussion moderiert der Journalist Andreas Ulrich vom rbb.

Die dbb bundesfrauenvertretung lädt zu der Fachtagung die dbb Mitglieder aus den Landesbünden, den Bundesbeamten- und Fachgewerkschaften ein. Anmeldungen sind unter Angabe der Mitglieds-gewerkschaft bei der dbb bundesfrauenvertretung per E-Mail an frauen@dbb.de möglich.

Online-Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt

♦ Mit Hilfe der neuen Website www.gewaltschutz.info können sich Opfer häuslicher Gewalt frühzeitig und anonym informieren, ihre Beziehung analysieren und eine Trennung vorbereiten (Sicherheitsplan, Notfalltasche) sowie Anträge zum Gewaltschutzgesetz herunter laden und die bei einer Trennung nötigen Ämtergänge verstehen lernen. In sieben Sprachen ist jede Seite mit einem einzigen Klick übersetzt (engl., türk., franz., span., serb., russ., poln.). Das erleichtert die Beratung von Ausländerinnen, welche sich über diese Online-Hilfe jetzt auch selbstständig informieren können. Barrierefrei programmiert ist die Site, um auch Menschen mit Behinderungen den Zugang zu erleichtern. Sie sind wegen ihrer abhängigen Lage besonders gefährdet, Opfer häuslicher Gewalt zu werden. Autorin und Produzentin Cristina Perincioli (Spielfilm „Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen“) entwickelte die Website in Kooperation mit dem BiG e.V. Berlin.

Hilfe bei Vergewaltigung

♦ Das Bundesfrauenministerium hat einen Flyer erstellt, der Bezugspersonen von vergewaltigten Mädchen und Frauen über mögliche Reaktionen der Frau nach der Tat informiert und über Unterstützungsmöglichkeiten aufklärt. Der Flyer ist in sechs Sprachen erhältlich und soll bei Beratungseinrichtungen, Ämtern, Behörden und den Gleichstellungsbeauftragten verteilt werden. Die Bestellung ist unter www.bmfsfj.de möglich.

**Frauen, die so
gut sein wollen
wie Männer,
haben einfach
keinen Ehrgeiz.**

*Weisheit
einer Unbekannten*